

Bezugspreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: Monatlich 10.- M., erst für den ersten Band für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. - Eingetragen in die Reichs-Anzeigen-Verzeichnisse. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' und der Unterhaltungsbeilage 'Heimwelt' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Korrespondenzliste kostet 2.- M. Teuerungszuschlag 0%. Kleine Anzeigen das fertige Wort 1.- M. (zweispaltig zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 60 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 2.- M. politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3.- M. die Seite ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Selbst nach 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Mittwoch, den 9. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Günstige Aussichten in Oberschlesien.

Gleiwitz, 8. Februar. (M.) Wie die Gleiwitzer „Vollstimme“ von zuverlässiger Seite hört, wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien und aus dem Reich, die bisher in die Listen eingetragen sind, auf 1 150 000 angegeben. Die Summe ist festgestellt auf Grund genauer Zählungen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl auf 1 200 000 bis 1 250 000 Abstimmungsberechtigter anwachsen wird. Von den bis jetzt eingetragenen Personen stehen rund 900 000 in der Liste A, rund 200 000 in der Liste B und rund 60 000 in der Liste C. Die Wähler der Listen B und C können in ihrer überwiegenden Mehrheit als Wähler für Deutschland angesprochen werden. Da nach vorläufigen Einschätzungen von gründlichen Kennern des Landes auch von den 900 000 Stimmen der Liste A mindestens die Hälfte für Deutschland stimmen wird, so hat man einige Anhaltspunkte für die Einschätzung des voraussichtlichen Wahlergebnisses. In der Stadt Gleiwitz beträgt die Zahl der Abstimmungsberechtigten etwa 40 000, wovon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

berechtigten etwa 40 000, wovon der überwiegende Teil deutsch stimmen wird.

Die Liste A enthält bekanntlich die Abstimmungsberechtigten, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen; die Liste B enthält diejenigen, die in Oberschlesien geboren sind, jedoch außerhalb Oberschlesiens wohnen; die Liste C, die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, dort aber seit dem 1. Februar 1904 Wohnenden. Ferner gibt es noch eine Liste D für die unter dem alten Regime aus Oberschlesien Ausgewiesenen, die aber zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen dürften.

Diese erfreulich günstigen Angaben des oberschlesischen Blattes entbinden jedoch selbstverständlich keinen einzigen heimatreuen Oberschlesier von seiner heiligen Pflicht, nach Oberschlesien zu fahren und seine Stimme für Deutschland abzugeben. Nach wie vor lautet die Parole: Auf jede Stimme kommt es an!

Hakenkreuz auf rotem Grund.

Aus München wird uns geschrieben:

Das Pariser Diktat hat in München unhaltbare Zustände herbeigeführt. Rechts- und Linkspölschweifigen haben sich zur Einheitsfront zusammengeschlossen, freilich in ganz anderer Art, als es die Ordnungshüter Rahr-Böhner-Escherich erwartet hätten. Die neue Koalition von Narren, Phantasten, Lockspiegeln und deutschnationalen Mutterstöhnen fängt an, nach dem Vorbilde der italienischen Fasci, die Regierung auf die Straße zu verlegen und sich durch Lieblingen in der Technik für zukünftige Pogrome zu vervollkommen. Letzten Donnerstag räumten sie das Kabarett „Bonbonnière“ aus und zwangen das Wohlwolligkeitsfest der Presse zu vorzeitigem Abschluß, und am Sonntag hielten sie auf dem Platz vor der Feldherrnhalle eine öffentliche Versammlung. Ihr diente der Protest gegen die Entente zum Vorwand, in Wahrheit handelte es sich um eine Heerschau der reaktionär-antifemischen Kohorte. Die mit Geldmitteln reichlich versorgte nationalsozialistische Arbeiterpartei erschien mit ihrer Parteifahne — Hakenkreuz auf rotem Grunde. Diese „Arbeiter“partei tritt immer dreister auf, wenn ihre zahlreichen, als Arbeiter verkleideten akademischen Jünglinge auch das Gefäch der wirklichen Arbeiter hervorrufen. Das geniert sie um so weniger, als sie unter dem Schutz des Herrn Böhner stehen, der ihre knallroten Plakate des aufreizendsten Inhaltes zielbewußt abstempelt.

In der Straßenversammlung reizte ein Oberst v. Inlander in einer Rede in der Manier des kommunistischen Ufa. Graf zum Widerstande gegen die Entente. Und ein Kriegswaldbesitzer forderte das Volk auf, in die Kirche zu gehen und zu beten. Dazu sang man „Die Nacht am Rhein“, „Großer Gott, dich loben wir“ und „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten“. Am Abend vorher verhielten die Hakenkreuzler die Aufführung von Schnitzlers „Reigen“ im Schauspielhaus. Sie warfen Stinkbomben und saule Eier auf die Zuschauer und die Bühne. Nachdem sie eine halbe Stunde lang gewütet hatten, erlähmte endlich die Polizei, wie immer, wenn die Rowdys sich ausgelobt haben. Nach dem Rahr-Böhner-System werden jedoch nicht die Exzedenten, wie sonst in der Welt üblich ist, notiert, sondern die von ihnen Bedrohten und Geschädigten. Die Küpfer gehören jetzt zu den bayerischen Staatsstößen. In neubayrischer Puttkamer-Manier wurden dann sofort weitere Aufführungen des Schnitzlerschen Stückes verboten, da weitere Polizeiaufgebote zur Sicherung der Ordnung dem Schauspielhaus nicht zur Verfügung gestellt werden können. Diese Motivierung ist kennzeichnend für die rührische Falschingspolitik. Es befinden sich 4000 Mann wohlfühlpflichtiger und gut ausgerüsteter Landespolizei in München, die ihre Befähigung für Straßentämpfe und Häuserkämpfe erst vor kurzer Zeit dem Landtage vor Augen führte. Die Truppe ist zweifelsohne zur Unterdrückung jedes Auftrubs geeignet, jedoch scheint sie nur dazwischen verwendet zu werden, daß nach außen der bayerische Gefahrenzustand erhalten und die Weiterregimentierung der Einwohnerwehr als notwendig erwiesen bleibt. Denn das bildet das A und O der Rahr-Politik. Im ersten Schreden über die in Paris geschmiedeten Sklavenketten ließ die Regierung in ihren Organen durchblicken, daß in der Entwaffnungsforderung ein Kompensationsobjekt für die Wiedergutmachung vorhanden sei; zwei Tage darauf verkündete jedoch die völksparteiliche Korrespondenz in höherem Auftrage das Gegenteil, weil der ersteingekommene Standpunkt weder den Escherichen noch den antifemischen-nationalen Rohlingen und Narren genehm war. Die Regierung weiß nicht mehr, was sie will, und ihre Unfähigkeit offenbart sich von Tag zu Tag mehr.

Die Minister arbeiten auf eigene Faust; sie bringen wichtige Vorlagen in die Ausschüsse, die dem Ministerrat nicht unterbreitet waren. Infolgedessen widersteht sich der Finanzminister im Haushaltsauschuß den Vorlagen seiner Kollegen, und der Auschuß lehnt es ab, darüber zu entscheiden, welcher Minister recht hat. So wird der wichtigste Teil des Programms des „Treuhanders“ die „Wiederherstellung der Staatsautorität“, von oben unterhöhlt. Deshalb kümmert sich auch niemand mehr um die Verordnungen. Wie sollte das auch der Fall sein, wenn erst Anweisungen für die — für Südbayern sehr gewichtigen — Falschingsunterhaltungen erlassen werden, am Dienstagmorgen deswegen die Polizeistunde verlängert und am Abend alles verboten wird, dann dieses Verbot am anderen Tage wiederholt wird und trotzdem unter stillschweigender Nichtbeachtung seitens der Polizei alle Veranstaltungen stattfinden?

Ein solcher Zustand ist nur denkbar in einem Staate, dessen „Staatsautorität“ allein auf der Willkür der Polizei aufgebaut ist. Die den zur Erkundung der wirtschaftlichen Zustände vom schwedischen Presserverband nach Deutschland gefandten Schriftsteller Borglund erst schilfoniert und dann ausweist — die Polizei bedarf der schwedischen Erge nicht —, und die Frauen und Kinder der Deutschösterreicher ausweist, die das Unglück hatten, durch den Nachspruch der Entente zu Tschscholowaken gestempelt zu werden.

Kammerdebatte in Paris.

Paris, 8. Februar. (M.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde zu Beginn ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Grabstätten für im Kriege gefallene Deutsche angenommen.

Bei Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen erklärte de Roguasson (Royalist), nach seiner Ansicht dürste man sich keine Illusionen machen über das, was man von einem besiegten Feind erhalten könne, es sei denn, man erhalte es sofort. England sei so klug gewesen, sofort die deutsche Flotte zu verlangen. Er zweifle, daß Deutschland bezahnen wolle. Man müsse die Ruhr besetzen und das Rheinland der preussischen Herrschaft entreißen. Es sei eine Friedenspolitik, Deutschland zu entreücken.

Abgeordneter Klotz (früherer Finanzminister im Kabinett Clemenceau und, ebenso wie Tardieu, Delegierter bei der Friedenskonferenz. Die Red.) sagte, man verlange von der Kammer heute eine Entscheidung von hoher Bedeutung. Klotz glaubt, daß das Abkommen von Paris vorteilhafter für die Deutschen sei als der Friedensvertrag von Versailles (?). Nach seiner Ansicht handele es sich vielleicht (?) nicht um eine Abänderung des Friedensvertrages, sondern vielmehr um ein Zusatzprotokoll, das der Ratifikation der Kammer unterliege. Die vorgelegene Zwangsmahnahmen seien dem Schuldner nicht mitgeteilt worden.

Briand

erklärt, die Sanktionen seien Angelegenheiten der Alliierten. Nur die Entschlüsse würden Deutschland mitgeteilt. Nach dem Friedensvertrag von Versailles dürsten hierüber die Deutschen Bemerkungen machen, die die Alliierten annehmen oder zurückweisen könnten. Wenn wir, sagte Briand, den Deutschen die Zwangsmahnahmen mitgeteilt hätten, hätte es den Anschein erwecken können, daß es den Deutschen gestattet wäre, darüber Bemerkungen zu machen. Das aber erlauben wir nicht.

Klotz fährt fort: Wir sind vollkommen einverstanden. Nach seiner Ansicht stellt das Abkommen von Paris eine Pauschalsumme mit einem Diskont von 10 Proz. dar. Man könne in der internationalen Finanzwelt Leute finden, die in Dollar, Pfund Sterling und Gulden Darlehen an Frankreich bewilligen würden.

Minister Loucheur ruft dazwischen: Das brauchen wir nicht.

Abg. Klotz fährt fort, es sei unerlässlich, daß die Kammer darüber Auskunft erhalte, ob Frankreich 50 Milliarden Goldmark von Deutschland erhalte. Wie hoch sei gegenüber dieser Summe die auswärtige Schuld Frankreichs? Amerika schulde man 16½ Milliarden. Er zweifle nicht daran, daß die Engländer und Amerikaner in Betracht ziehen würden, welche Opfer Frankreich für die gemeinsame Sache gebracht habe. Klotz spricht sodann von der Annullierung der interalliierten Kriegsschulden. Jetzt habe Frankreich ohne Gegenleistung von seiner Forderung einen Nachlaß gewährt.

Briand erklärt, man hätte bis zum Monat Mai den Gesamtbetrag der Reparationsschuld festzulegen. Das habe gewisse Hindernisse gebracht, aber durch Einverständnis der Alliierten sei man darüber hinweggekommen. Das sei das wesentliche Verdienst der Konferenz von Paris. Ohne dieses Uebereinkommen wäre Frankreich isoliert und der Vertrag würde nicht mehr spielen.

Zwischen dem Abgeordneten Klotz und dem Ministerpräsidenten Briand entspinnt sich ein Zwiegespräch. Klotz sagt: Ich hoffe, daß die Regierung auch mit unseren Verbündeten von der Mobilisierung unserer Schulden sprechen hat. Briand erwidert: Wenn ich daran nicht gedacht hätte, wäre ich nicht würdig, an dieser Stelle zu stehen. Klotz fährt fort: Ich zweifle nicht daran, aber Sie haben gesagt, daß das Instrument Frankreichs, also der Friedensvertrag, nicht lebendig sei. Haben Sie heute etwas Lebendigeres vorzulegen? Ministerpräsident Briand ruft aus: Nein, Herr Klotz! Auch in 14 Tagen werde ich Ihnen nicht die Lösung aller Probleme bringen können, die Sie über ein Jahr vergänglich zu lösen versucht haben.

Briand fuhr fort: Ich habe gesagt, was nach zu erledigen bleibt, und ich wiederhole mit Nachdruck, daß ich

das Vertrauen der ganzen Kammer

nötig habe, um die Verhandlungen fortzusetzen. (Beifall.) Klotz erwiderte: Sie wollen also die Verantwortlichkeit der Kammer an die Stelle Ihrer eigenen Verantwortlichkeit setzen. Sie hätten nur Autorität nötig gehabt, die Ihnen die Kammer einmütig gewährt wird, aber nur unter der Bedingung, daß Sie unsere eigene Verantwortlichkeit nicht engagieren. Briand antwortete: Ich habe der Kammer, deren allgemeines Vertrauen mir vorher bewilligt wurde, Aufklärungen über das erste Abkommen der Alliierten gegeben. Das war meine Pflicht. Sofort ist man mit Interpellationen gekommen, und man hat von mir Aufklärungen verlangt. Man wollte, daß ich schon im voraus über alle Verhandlungen berichten solle. Ich habe Ihnen kein Protokoll, zur Unterschrift vorgelegt, ich habe Ihnen nur eine allgemeine Orientierung gegeben. Das ist eine viel größere Klarheit als damals, als man von uns verlangte, den Friedensvertrag anzunehmen oder abzulehnen. Jetzt handelt es sich darum, ob die Kammer Vertrauen zur Regierung hat oder nicht.

Klotz: Es handle sich jetzt um das Leben eines Volkes, also nicht um eine einfache Vertrauensfrage für die Regierung. Frankreich müsse den Zinsendienst der Anleihen zu seinen Lasten nehmen, um die Reparationen zu bezahlen, die vollkommen Deutschland schulde. Das sei nicht nur gegen den Waffenstillstandsvertrag, sondern entspreche auch nicht dem Frieden. Selbst Graf Brodorski-Kanhan habe in seinen Gegenvorschlägen die Reparationspflicht anerkannt. Er habe zugestanden, daß der deutsche Steuerzahler mindestens ebensoviel bezahlen solle als die alliierten Steuerzahler. Mit den 14 Punkten von Wilson hätten die Deutschen die Entschuldigungsverpflichtung angenommen, sonst wäre der Waffenstillstand nicht abgeschlossen worden. Es sei nicht möglich, daß die französische Kammer die neuen Steuervorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget umgestaltet werde. Der deutsche Steuerzahler zahle nur 15 Prozent, der französische aber 30. Die Kammer könne heute nicht abstimmen, bevor sie nicht klare Aufklärungen habe über die Mobilisierung der französischen Forderungen, über die Vereinbarungen über die Flüssigmachung der französischen Forderungen und besonders über die Regelung der äußeren Schuld, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheiten und über die Finanzpolitik. Man wolle versichert sein, daß der französische Steuerzahler nicht die Zinsen zahlen müsse für die Summen, die Frankreich vom Besiegten zu erhalten habe. Nach Briand ergriff Minister

Loucheur

das Wort: Er verstehe, daß die Kammer Aufklärungen verlange, bevor man nach London gehe. Deutschlands Schuld beträgt 200 bis 210 Milliarden Goldmark. Davon erhält Frankreich 52 Prozent. Man rechne damit, daß der Besatzers in acht Jahren normal sei. Der Abgeordnete Tardieu will unterbrechen, Minister Loucheur erwidert ihn, davon Abstand zu nehmen, um dem Lande nicht das Schauspiel zu geben, daß zwei Männer wie er und Tardieu sich in der Kammer zanken. Loucheur erläutert also dann des näheren, daß im Friedensvertrag alles von der Reparationskommission abhängt und vergleicht die absoluten Ziffern des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er macht große Reserven hinsichtlich der in der Öffentlichkeit bis jetzt aufgestellten Berechnungen.

Paris, 8. Februar. (Nachricht des holländisch Neuwisbureau.) „Deure“ steht die einzige Möglichkeit für Frankreich, sich wirtschaftlich wieder zu erholen, darin, daß man die Deutschen zwingt, das zerstörte Gebiet wieder aufzubauen. Deutsche Arbeiter sollen das mit deutschem Material tun. Dieser Modus würde den Vorteil haben, daß Deutschland sich seiner Verpflichtungen nicht entziehen kann, die Alliierten keinen Zahlungsmodus festzustellen haben und daß die Deutschen den Franzosen nichts vorwerfen können, daß in der Feststellung des Schadens Unregelmäßigkeiten begangen wurden. Die französische Industrie werde darunter nicht leiden, da in dem zerstörten Gebiet nur wenig geschulte Arbeiter und Unternehmer arbeiten.

Die den Befestigungszustand, die Anebelung des Vereins- und Versammlungsrechtes nur für Sozialisten aufrechterhält, aber Rowdys, weiße Blusen und Kriegsbeher aus dem Münchener Hauptquartier Ludendorfs ruhig „demonstrieren“ läßt. Der Biedermann v. Rahr aber reist nach Berlin, um mit der Versicherung der völligen Uebereinstimmung mit der Reichsregierung in München das Spiel mit beiden Händen weiter fortzuführen.

Und zu dieser Tragikomödie bilden die Kommunisten die Staffage. Bei jedem Sinnes für das Notwendige und ohne Instinkt für Politik, leisten sie bewußt und unbewußt der Reaktion Handlangerdienste. Sie begreifen nicht, daß sie den Zerfall der deutschen Republik herbeiführen werden, oder sie hoffen auf deren Trümmern das phantastische Brettergerüst eines falschen als Kommunismus ausgegebenen Irreführens zu errichten. So wiederholen sich die Erscheinungen im April 1919 in München. Aber die Akteure wechselten. Die von „Fremdstämmigen“ geleiteten Arbeitermassen fehlen. An ihre Stelle sind mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis arbeitslose Offiziere, nichtlernende Studenten mit ostelbischen Traditionen, Abenteuerer und Orgehsleute, Lockspiegel und allerlei dunkle Existenzen getreten. Der Spiritus rector dieser Bande von Katalinariern aber sitzt in der ehemaligen Kgl. Polizeidirektion München. Ein Nachfolger der Fouché, Andrieux, Stieber und Krüger, besitzt er den zur Ausübung seines Handwerks nötigen Mangel an Verantwortungsgesühl. An seinen Dröhnen bewegt sich der „Prinz Rahr-Neval“ der bayerischen Republik. Ueber sein Schicksal wird am 20. Februar vom preußischen Volke entschieden. Erteilt es den preußischen Reaktionären die verdiente Abfuhr, dann steigt der Faschingsprinz am Donnerstag von seinem Throne herab und widmet sich wieder seinem bürokratischen Berufe. Im anderen Falle aber wird an die Stelle des unselbständigen „Treuhanders“ ein Mann treten, der nicht mehr in der Masse eines versaffungstreuen Biedermeyers aufzutreten braucht. Bis dahin mag die Münchener Faschingspolitik ihr abderitisches Spiel weiter treiben.

Die Bayernkrise.

München, 8. Februar. (M.B.) Der „Bayerische Kurier“, das Blatt der Bayerischen Volkspartei, schreibt zur politischen Lage und zur heutigen Ministeratsitzung: Die Beratungen der Fraktionen werden morgen fortgesetzt werden. Zu irgendwelcher Verantwortung besteht keinerlei Veranlassung. Alle Gerüchte von einer Koalitionskrise oder gar Regierungskrise sind völlig grundlos.

München, 8. Februar. (M.) Die auf heute nachmittag 4 Uhr anberaumte Vollsitzung des Landtags dauerte nur ganz kurze Zeit. Um 1/5 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgehoben und auf morgen vormittag 8 Uhr vertagt, weil um 5 Uhr Beratungen der Fraktionen über die politische Lage beginnen. In seiner heutigen Sitzung hatte sich der Ministerrat einmütig auf einen längeren Beschluß geeinigt, der später den Fraktionsführern der Koalitionsparteien vorgelegt wurde. Diese erklärten es für notwendig, den Beschluß des Ministerrats ihren Fraktionen zur Besprechung und Beschlußfassung zu unterbreiten. Es ist anzunehmen, daß die Beratungen der Fraktionen sich bis in den Abend hinein erstrecken werden. Dann wird eine nochmalige Fühlungnahme mit der Regierung erfolgen müssen, und erst hierauf wird das Ergebnis der Beratungen der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Inzwischen hat die unabhängige sozialdemokratische Fraktion des Landtags an den Ministerpräsidenten Dr. v. Rahr eine Interpellation eingebracht, in der von ihm Auskunft über die Stellung verlangt wird, die er am 5. Februar eingenommen hat. Die Interpellation wird damit begründet, daß aus den amtlichen Pressemeldungen keine Klarheit über die Haltung der bayerischen Regierung zu gewinnen sei, da ein Widerspruch zwischen den offiziellen Meldungen der Berliner und Münchener Regierung bestehe. Die ernste politische Lage erfordert Klarheit über diesen Widerspruch und Gelegenheit für den bayerischen Landtag zur Stellungnahme.

Komponisten und Pädagogen.

Konzertumschau.

Die kompositorischen Begabungen drängen und stoßen sich. Kaum eine Woche ohne neuen Namen. Die angeborene Bescheidenheit läßt die meisten ohne tiefere Zwang an die Öffentlichkeit flattern. Schließlich: Welcher Musiker komponiert nicht? Es lohnt sich nur dann von den Talenten zu sprechen, wenn aus der Leistung mehr als etwas Bekanntes, wenn wirkliche Menschenstimme, echtes Menschenleben aus dem Werk zu sprechen scheint. Dies Gefühl hatte man bei einigen japanischen Liedern von Grete Zieritz. In dem Zyklus dieser 10 Lieder sind Anfang und Ende mit reicher Gefühlsfülle geschrieben; das mag hingehen. In der Mitte stehen drei Lieder (Erinnerung, Komm einmal noch, Rückblick), um die es lohnt, Grete Zieritz kennen zu lernen. Es sind eigentlich Klavierlieder, Stimmungsbildungen auf den Leisten, denen der Gesang nachhaft nachhaftet; es ist aber eine solche Weisheit, eine so silberne zitternde Gefühlslinie in diesen Musikillustrationen, daß auch bei einer wenig persönlichen Haltung der Stimme starke Wirkungen erzielt werden. Die Komponistin begleitet ausdruckslos, Gertrud Wolf sang fast nur Falsett. Eine Serenade für Streichtrio und Klarinette von Ernst Renek macht mit einem zweiten Talent bekannt. Mit 19 Jahren hat er dieses Stückchen freier, leiblicher, musikalischer Kammermusik geschrieben. Jetzt ist er Schüler von Schreker und löchelt gewiss, wenn er hört, wie die Todfeinde moderner Musik, Brahms und Wagner, in diesen Sätzen ihr Spielchen treiben. Was tut's? Jungenshafte Unbesonnenheit, frische, ungetrübte und reine Phantasie, starkes Sahneseid und in mancher Bräse eine besondere Empfindlichkeit für Klangfarben lassen Vorbilder vergessen und dieses verkappte Streichquartett als Aufakt für mehr als nur talentierte Arbeit erkennen. Erik Villaer schreibt sein op. 88 mit der Sicherheit eines Orchesterleiters. Er weiß neben dem Streichquartett auch der Flöte, Klarinette und dem Fagott nicht nur ausprägen, sondern auch begründete und spezifische Töne zu geben. Ein ausgesprochen Sinn für die strenge Form stellt ihn zu den Komponisten älteren Schlages. In den Entwürfen wird dieses formale Denken in sehr lauter Arbeit selbstbewußt, ohne daß die Phantasie zu sehr belastet würde. Am lustig bewegten 1. Satz und im Anfangsmaßel auch die sich, die Melodie erhält Charakter, und höchst respektables Schlußstück verleiht einem kanonischen Gemüß, der die Wiederholung des dankbaren Werks herbeiwünscht.

Dem italienischen Futuristen Respighi sind wir in den Konzerten als Bearbeiter alter Längs und als programmatischer Musiker in der Richtung Debussis schon begegnet. Wir hören die „Söhne der Götter“, die musikalische Fernbildung einer höchst aktiven Herzenszene. Respighi spielt mit dem Orchester, er läßt die Instrumente durcheinandertaumeln, amüsiert sich mit den allerersten Kombinationen der Bläser- und Sängergesamtheit, kultiviert den Hörer, gebärdet sich in mehr geschicktem und apertem als wählisch-abgeschmecktem Orchesterpaß. Er ist gemüßlich. Was aber soll das Ganze? Programm ist kaum durchführbar, bequemer Durcheinander viel eher schon, und das Motiv erstickt am Aufmangel. Eine Kuriosität, kein Werk. Man muß aber gesehen haben, wieder Dresdener Kapellmeister Fritz

Das Tischschneid zerschneiden . . .

Die fränkischen Arbeiter gegen Rahr-München.

Im letzten Abendblatt gaben wir eine Entschärfung wieder, die die Sozialdemokratische Partei Nordbayerns über das Verhalten der Rahr-Regierung gegen die Ententeforderungen gefaßt hat. Infolge Unterbrechung des Ferngesprächs konnten wir die wichtigen Schlüsselfaße der Entschärfung nicht erhalten. Sie sind uns nachträglich zugegangen, und da sie von politischer Wichtigkeit sind, mögen sie im Wortlaut hierhergeleitet sein:

„Kommt die Regierung in Bayern,“ so heißt es da, „nicht in letzter Stunde zur Besinnung, läßt sie sich auf einen Bruch mit dem Reich ein, dann wird die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern, ebenso wie die Bevölkerung von Schwaben, Württemberg und Baden, das Tischschneid mit München zerschneiden und sich an die Seite des Reiches stellen.“

In letzter Stunde warnen wir die Rahr-Regierung. Die nordbayrische Bevölkerung steht fest und treu zum Reich und wird sich darin nicht wankend machen lassen.

Weist den Reichsregierern die Tür. Bewahrt Ruhe und Besonnenheit. Laßt Euch nicht irreführen! Haltet Euch aber bereit und folgt geschloßen Euren Führern, wenn sie Euch rufen!“

Preußen gegen Paris.

Eine Erklärung der Landesversammlung.

Berlin, 8. Februar. Der Ständige Ausschuß der Preussischen Landesversammlung hat die folgende Erklärung beschloßen:

Die unerhörten Forderungen, die dem deutschen Volke von den Alliierten in der Wiederherstellung der Frage zugemutet worden sind, haben den entsetzten Widerspruch aller Kreise des Volkes gefunden. Die preussische Volksvertretung schließt sich dem in vollem Maße an. Was mit den Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes vereinbar ist, muß den übernommenen Verpflichtungen entsprechend für die Wiederherstellung der durch den Krieg verwüsteten Gebiete geleistet werden, darüber hinaus aber kann keinem Volke zugemutet werden, sich freiwillig in die Sklaverei zu begeben. Diese Erniedrigung weist das deutsche Volk von sich, zumal es damit zugleich seine Kinder und Kindeskinde zu einem Sklavendasein verurteilen würde. Die preussische Volksvertretung erwartet von der Reichsregierung, daß sie ihren ablehnenden Standpunkt unerschütterlich behält, und fordert in dieser ersten Stunde, in der es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, alle Kreise des Volkes auf, in der Abwehr dieser unmöglichen Forderungen der Entente geschloßen zusammenzutreten.

Die Annahme dieser Entschärfung geschah mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten. Die Unabhängigen und die Kommunisten gaben Sondererklärungen ab.

Deutschnationale Drehscheibe.

Zur „Einheitsfront mit der Sozialdemokratie“ bereit?

Wie aus Hamburg gemeldet wird, hielt am Montagabend in Altona der Führer der Deutschen Volkspartei Stresemann eine Rede, in der er sagte:

Die einzige Möglichkeit, uns gegen ungerschickten Zwang zu wehren, gibt die Bildung einer nationalen Einheitsfront. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß sie in letzter Stunde noch zustandekomme. Die Deutschnationale Partei habe ihm jetzt die Erklärung gegeben lassen, daß sie keine Bedenken haben würde, auch mit der Sozialdemokratie eine Regierung zu bilden.

Eine Bestätigung dieser Erklärung des Herrn Stresemann von deutschnationaler Seite bleibt abzuwarten. Aber da in München bereits die Verbrüderung mit den Kommunisten vollzogen ist, würde das Angebot einer Koalition an die Sozialdemokraten nur einen bedauerlichen Schritt nach rechts bedeuten. Die Wähler freilich werden noch immer munter aufgefordert, am 20. Februar der „sozialdemokratischen

Wirtschaft“ in Preußen durch Abgabe des wunderlichen deutschnationalen Stimmpapiers ein Ende zu bereiten. Diese Mühe dürfte doch ganz vergeblich sein, wenn man auf der andern Seite der „sozialdemokratischen Wirtschaft“ wieder mit einladender Bewegung die Tür zur Reichsregierung öffnet.

Die Nachricht klingt so merkwürdig, daß man bis auf weiteres annehmen kann, Herr Stresemann müsse sich verhöhrt oder falsch gelesen haben.

Traurige Patrioten.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Scharfmacherorgan der Kohlenbarone, schreibt in ihrer letzten Wochenübersicht:

Wundern brauchen wir uns übrigens darüber nicht, daß die Entente auf die Erhebung eines Ausfuhrzollens als auf ein besonders wirksames Mittel wirtschaftlicher Anebelung verfallen ist, haben wir sie doch sozusagen mit der Nase darauf gestoßen. Die verfloßene sozialistische Regierung selbst hat bekanntlich den Gedanken einer Ausfuhrzollabgabe erfunden und in die Praxis umgesetzt. Erst unter der neuen Regierung ist es gelungen, die Abgabe, welche ursprünglich 10 Proz. betrug, soweit abzubauen, daß sie heute im großen Durchschnitt noch etwa 2-3 Proz. ausmacht. Was lag näher, als daß Frankreich dieses Zoll, welches der deutschen Industrie von der eigenen Regierung auferlegt worden ist, nunmehr seinen ausbeuterischen Interessen dienlicher zu machen suchte. Die Ententemänner werden sich darauf berufen, daß Deutschland eine solche Abgabe ganz gut werde vertragen können, da man sie ja sonst nicht selbst eingeführt hätte.

Diese Beweisführung ist nicht sehr original mehr, seitdem der Herr von den Kerthoff, der aus lauter Steuerfreude ein Amisstegele erbrach, sie zu einem Vorstoß gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt hat.

Sachlich ist zu bemerken: Die Ausfuhrzollabgabe ist keineswegs erst eine von den Sozialdemokraten erfundene Einrichtung, sondern sie hat außer in fremden Ländern auch bei uns in Kriege, also unter der Ära Wilhelm-Helferich, für Kohle, ebenso wie für Eisen schon bestanden. Zum andern verweist die „Bergwerkszeitung“, daß die Unternehmer es immer gewesen sind, die sowohl bei allen Sozialisierungsberatungen, wie beim Reichsnotopfer wie auch bei den Ausfuhrzollabgaben, immer die Ansprüche der Entente betont und so das Ausland, „mit der Nase darauf gestoßen“ haben, hier sei etwas zu holen. Damit wollten sie sich vor unangenehmen Maßnahmen schützen. Es wäre ja ein Wunder, wenn die öffentlich ausgesprochenen patriotischen „Bedenken“ nicht drüber ein williges Ohr gefunden hätten. Schließlich — und das ist die größte Niedertracht — verschweigt man, daß die Arbeitnehmer sofort dem Abbau der sozialen Abgabe zugestimmt haben, als infolge der internationalen Krise die Abfuhrzollabgabe des Ausfuhrhandels zurückging und die hohen Abgabensätze sich nicht mehr halten ließen. Hier haben die sozialistischen Arbeitervertreter ein Verständnis für die Notlage der Industrie erwiesen, das die Unternehmer mit Reformsideenden quittiert haben.

Die Abgabe war auf Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft eingeführt, und ohne die Zustimmung der Arbeitgebervertreter hätte sie nie abgebaut werden können. Jetzt soll ihre Ermäßigung ein Verdienst der „Ausbauregierung“ sein, nachdem Gen. Schmidt, der unseres Wissens ihr nie angehört hat, die Herabsetzung der Sätze bereits begonnen hat. So die zu funkern, bekommt nur ein schwerindustrielles Organ fertig.

Der Polizeimajor.

Ueber die Kündigung des Inspektors der Schutzpolizei von Priesdorff regt sich die reaktionäre Presse besonders auf. Wir haben schon im letzten Abendblatt auf die Gründe hingewiesen, die die Kassastellung dieses geschäftigen Herrn notwendig machen. Inzwischen bringen die PPR über die Vorgeschichte dieser Kündigung weitere Einzelheiten. Aus ihnen ist zu entnehmen, daß Priesdorff, den der damalige Minister des Innern, Heine, nach dem Rapp-Rußch an die Spitze der Sicherheitspolizei berufen hatte, trotz der ihm von Heines Nachfolger, Minister Seering, erteilten weitgehenden Vollmachten bald gezeitigt hat, daß er seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Insbesondere hat Priesdorff, als er nach der Spa-

Oberschlesien.

Heimatland, armjelig und verurten,
dürft'ger Frühling überqualmter Stadt,
Land der Eßen, niema's arbeitsfah,
wo der Gruben dunkle Burgen schufen
deutsche Hände unermüßlich kühn.
Sollen nun für Fremde unsere Werke glühn?
Schmale Wälder, lerge Ackerstreifen,
tausend Schöte flagen Rauch und Glut.
Nimmer raunt der Hüften hämmerwut.
Aus den hohen Döfen wilde Feuer schweifen.
Doch wie oft im Flammenschein ich stand,
sprach mein Mund ins Tosen füll: „Heimatland“.
Da, mein Herz muß für dich schlagen,
scharf — die Sonn', dort Schatzen! — zieht die Grenze hin.
Da, daß ich ein Deutscher bin,
braucht mir niemand erst zu sagen.
Kraft der Deutschen schuf die Heimat stark.
Fremdes Bett wird ihr zum Sarg. Kilfred Hein.

Die Berliner akademische Welt im Winter 1920/21. Die Hochschullistik hat für diesen Winter einen gewissen Stillstand der bisher rapide wachsenden Zahl der Berliner akademischen Bürger ergeben, der sich besonders an der Universität sichtbar macht. Die Universität zählte diesmal 12 532 Immatrikulierte (11 112 Männer und 1420 Frauen) — im vorigen Winter 14 305. Der Rückgang geht mehr auf Abgänge und Streichungen in den Hochschullisten. Das Recht zum Hören von Vorlesungen erhielten außerdem 1720 männliche und 377 weibliche Nichtimmatrikulierte gegen 1087 und 283 im vorigen Jahre. Stark gewachsen ist die Zahl der ausländischen Studenten, trotz erhöhter Gebühren. Es sind jetzt 904 an der Universität gegen 443. Die größte Zahl stellt Rußland: 182. Keinen Rückgang weisen die übrigen Berliner Hochschulen auf. Die akademische Welt Berlins zählt insgesamt 18 122 männliche und 2023 weibliche Studierende, zusammen 20 145 Köpfe.

Ein akademisches Kammerorchester (Dirigent Ernst Ernst Scherl), ist an der Universität Berlin gerüstet worden, bestehend aus Damen und Herren Amstlicher Musikanten, einschließlich der Hochschule für Musik und der Technischen Hochschule. Reibungen bei dem Schiffsührer Hans Röhner, Berlin-Weihen, Leichter, 101.

Der Reichsdeutscher Studentenrat wurde Dienstag vormittag eröffnet. Das aus dem Reichsdeutscher Studentenrat hervorgegangene Institut ist das bisher einzige seiner Art in der Welt. Es besteht aus einer Schenkung, einer Schulbibliothek, einer Bibliothek und dem Archiv und bezweckt die deutsche Volkstumskultur zu fördern, indem die einzelnen Volkstumskreise dargestellt werden. Es ist ein gewisses Volkstümlichkeit auszusprechen und bisher nur die Abteilungen Poesie, Tragen und Vorgehen.

Geschichte der Menschheit. Studiendirektor Dr. Kaufmann hält an der Humboldt-Hochschule, Dorothienstr. 12, Donnerstags 7-8^{1/2}, Beginn 17. Februar, eine Vortragsreihe „Geschichte der Menschheit“. In diesem Vortragsjahr wird die Geschichte des Neolith und Altsteinzeit in ihren Anfängen behandelt. Prof. Dr. Ludwig Dübbe hat eine Reihe über Deutsche Vorkolonialgeschichte, Lyotzstr. 12, Donnerstags und Freitags 8-9^{1/2}, Beginn 15. Februar.

Reiner das hanhabelt. Nach einer Vorbereitung von 2 Minuten ist er Herr des Orchesters, und, alles auswendig meisternd, jeder kleinsten Situation. Er kommt vom Theater, das Feuer, der leidenschaftliche Trieb drückt leuchtend durch und die Erregung besüßelt ihn. Ein dramatischer Dirigent, ein aufrüttelnder. Tino Pattiera sang; er gehört auf die Bühne, und man denkt immer, er werde gleich anfangen zu agieren. Ich kenne keinen schöneren Tenor auf der heutigen deutschen Bühne (Schlömer ist ausgesungen), und die wundervoll schmelzende Stimme dieses Italieners läßt auch einmal das nur-sich-Singen des Bel-Konistes erlaubt erscheinen. Max Kapella sang schon vor Jahresfrist mit gutem Erfolg; damals nannte er sich Bariton. Ich bemängelte die Bezeichnung und glaubte, er werde ein echter Tenor. Jetzt nennt er sich so, ist aber ein Bariton mit tenorischer Höhe. Einzelne: das Organ klingt schön und echt und der Ton hat Tragkraft; kleine Unebenheiten schleift die Zeit ab. Er führte die erkundungstüchtigen, Aug ausdehnt und gelanglich dankbaren Vieder Karl Rämpf zu Erfolg. Derselben Komponisten passliche Sonate (ich hörte den letzten Satz) litt unter der Ratttheit des Cellotons und dem Krommen der Pianistin. Nebenlich prob und unachtsichtig war Duord Morice beim Begleiten der Sopranistin Margarete Lehnert. Würde er ihre Schwächen bedenken? Die im Grunde schöne Stimme ist noch nicht frei, in der Kehle gedrückt, auch die Sprachfehler scheinen auf unvollendete Schulung zu weisen. Mit der Art der Hanne hing sie unsicher an; bei Schwerers' bescheiden Salonliedern fühlte sie sich wäher und ein Wäher-Lied geriet gut. Zufallstreffer sollten zur Sicherheit führen — Beherer heraus!

Unter den Pianisten nimmt Uta Bänere eine beachtenswerte Position ein; mit Recht, denn auch wenige Takte zeigen, daß sie eine temperamentgeladene, todfähere, musikalisch überlegene Künstlerin ist. Man lerne von ihr. Auf keinem Instrument wird so blutig gesündigt wie auf der Geige. Und das Unterrichten auf der Geige ist — eine Handvoll heroorragender Lehrer ausgenommen — in Berlin Sport und Erwerbsquelle der Virtuosen geworden. Methode ist notwendig, nicht spielerisches Können. Wissen um das physiologische Mögliche und Nützliche, Kenntnis von der Kräfte, Begrenzungen, Sinn für Ausmerzung der Schäden und pädagogisches Talent machen den rechten Geigenlehrer aus. Das Genie spielt ohne Lehrer. Die Leistung der Talente an den Abständen fehlerhafter Technik, mangelhafter Tonentwicklung, Verflechtung des Handgelenks vorbei, kann nur einem Hochmann obliegen, der mit großer Erfahrung des Verständnis und die Liebe zum organischen Aufbau des geigerischen Talents hat. Siegfried Eberhart spricht nach seinem heroorragenden, methodologisch klugen Buch über die „Virtuose Violintechnik“ der rechte Mann dazu. Von gebe ihm Gelegenheit, auf weiterer Plattform seine Lehren vor Schülern und Pädagogen vorzutragen — und wir sind sicher um viele handwerklich vergebete Geigenabende ärmer, vielleicht aber um manches darübende und sich mühende Talent reicher! Dr. Kurt Singer.

Francesco d'Andrade †. Gestern mittag erlag der gefeierte Sänger d'Andrade einem Schlaganfall, den er vor einigen Tagen erlitten hatte. Francesco d'Andrade war Portugiese, wurde 1859 in Lissabon geboren und trat mit 23 Jahren in San Remo vor die Öffentlichkeit. Seitdem war er in den meisten europäischen Hauptstädten ein gefeierter Gast. Als seine Gesangsrollen seien der „Don Juan“, der „Barbier“ und „Rigoletto“ genannt.

Genossen! Genossinnen! Besucht heute abend Abteilungs-Versammlungen. die bekanntgegebenen Wichtige Mitteilungen erfordern Eure Anwesenheit.

Groß-Berlin

Wermuths Abschied vom Städtetag.

Aus Anlaß seines Ausscheidens aus der Berliner Stadtverwaltung hat Oberbürgermeister Wermuth auch sein Amt als Vorsitzender im Deutschen und im Preussischen Städtetag niedergelegt und sich in einer gemeinsamen Vorstandssitzung beider Städtetage verabschiedet.

mann wurde zurückgebracht. Es entstand wieder ein Handgemenge, bei dem sich Dr. Zeller bückte, um einen Revolver heroorzuholen. Der Angeklagte benutzte sofort die sich ihm darbietende pralle Hinterseite des Herrn Dr. Z., um ihn nach Schullehrerort ein paar Hiebe überzujubeln.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr: Sponda, Kochs Restfälle, Feldstr. 67. Referent: Gustav Oester, R. d. S. Niederlehndönewalde. Öffentliche Versammlung für die Elternbeiratswahlen in der Schulaula, Berliner Str. 81. Referent: Prof. Dr. Oestreich.

Oeffentliche Frauenversammlungen:

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr: 2. Kreis, Tiergarten, Airländer-Oberrealschule, Zwinglstr. 2. Referentin: Minna Todenhaagen. Neukölln, Aula der Realschule, Emsier Str. 187. Referentin: Gertrud Hanna, R. d. S. Gatow a. d. Havel. Referentin: Elfriede Ryned, R. d. S.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.

Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Thorus-Säle, Müllerstr. 142. Referent: Legationsrat Dr. Jocklin. Aula der Handwerkerhohle, Andreasstr. 1. Referenten: Reichert, Kollmar und Hermann Kranold, Presschef im Oberpräsidium Hannover. Tagesordnung: Die Bedeutung der Landtagswahlen für die Beamenschaft.

bleiben mußte. Die moralische Schuld liegt auf Seiten des Dr. Zeller, der nicht einmal sozialer Taktgefühl besessen habe, die ganze Sache möglichst im Revere der Vergessenheit verschwinden zu lassen, sondern sie noch vor Gericht und damit in die Öffentlichkeit bringe.

Waffenfund in Westend.

In der Frankentallee in Westend wurden am Montag, nachts 2 Uhr, in einer Automobilschloßerei durch die Schupo etwa 40 Maschinengewehre und ungefähr 25-30 000 Schußmunition auf einem Lastwagen beschlagnahmt.

In den ersten Monaten des vorigen Jahres wurde durch unseren Parteigenossen A. Krause, Berlin, Waldstr. 55, eine gewaltige Anzahl von Patronen beschlagnahmt, die nach Polen verschoben werden sollten.

zwecks Einhängung der Belohnung und erhielt den Befehl, daß die von ihm erfaßten Patronen am 15. Mai 1920 vom Reichswehrinfanterieregiment Nr. 5 übernommen worden seien.

Eine Abteilung für weibliches Hauspersonal eröffnet der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin am Montag, den 14. Februar im Stadtbezirk Wedding N 89, Gerichtstr. 35, Hof 4, 4. Stock. Vormittags von 8-3 Uhr werden bewährte Reinraum- und Badfrauen für Privathaushalte, Bureau- und Treppenreinigungsfrauen sowie Frauen zum Aufräumen von Wasserleitungen vermittelt.

Verlängerung der Eintragung in die Brillekundenlisten. Das Kohlenamt Berlin teilt mit: Die Frist zur Eintragung in die Brillekundenlisten für Hausbrand, Gewerbe und Behörden mit Ofenheizung wird bis zum 15. Februar 1921 einschließlich verlängert.

Einbruch durch die Decke. Im Hause Dirlschstr. 23 befindet sich im Erdgeschoss das Tuchlager von Fritz Schackel. Gestern abend drangen Einbrecher in die über dem Laden gelegenen Räume der kaufmännischen Privatschule von Otto Klautner.

Schließung zweier Kohlenhändlergeschäfte. Wegen großer Verstöße gegen die Verordnung des Kohlenverbandes Groß-Berlin vom 6. März 1919 ist den Kohlenhändlern Paul Schummar, Berlin-Reinickendorf, Reudenstr. 2, Theodor Fichtenicher, Wilmersdorf, Turander Str. 2, der Fortbetrieb des Kohlenhandels untersagt worden.

In der Wohnung der Freundin erschossen hat sich gestern die 24 Jahre alte Lisa K. aus der Lortstraße. In einem Augenblick des Alleinleins idelte sie sich in der Wohnung derselben an: Kottbuscher Straße durch einen Revolverstich ins Herz. Unglückliche Liebe soll sie zu dem Schritt getrieben haben.

Salon- und Inventur-Ausverkäufe. In Handelskreisen herrscht vielfach die irrige Meinung, daß es jedem erlaubt sei, sechs Wochen lang den Salon- oder Inventur-Ausverkauf zu veranstalten. Dies trifft jedoch, wie der Detaillistenverband der Bekleidungsindustrie und verwandter Branchen mittel, nicht zu.

Wer kennt die Tote? Noch nicht festgestellt ist die am 18. Januar aus dem Kanal in Siemensstadt gefandene Leiche einer weiblichen Person. Die Unbekannte ist etwa 18 bis 20 Jahre alt gewesen und stieg 1,62 Meter hoch. Sie ist schmächtig, hat dunkelblondes langes Haar, langes volles Gesicht, hohe Stirn, bezaubernde Augenbrauen, kleine, aber sehr dicke Nase, kleinen Mund, vollständige Zähne und kleine Hände.

Der verprügelte Liebhaber.

Ein menschlich und auch juristisch gut begründetes Urteil fällt gestern das Schöffengericht Berlin-Schöneberg in einer Strafsache gegen den Kaufmann R. wegen gefährlicher Körperverletzung und Hausfriedensbruchs. Der Angeklagte, ein wohlhabender Herr, hat eine feiche junge Frau, welche eines Tages die Bekanntschaft des Dr.-Ing. Zeller, eines ebenfalls feichen jungen Mannes, gemacht hatte.

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho. Er, dem du das Einzigste warst? Im Grimm über ihre eigene Rührung schrie Marja auf: Das Einzigste? Sollte ich denn sein Einzigestes sein... sollte ich deswegen meinen Arm um seinen Hals schlingen, weil er niemand anders hatte als mich? Meinestwegen hätte er noch so viele haben können. Haha! Und wenn er sich nur bald eine nimmt, seine Mutter wird ihm schon eine schaffen, hat ihm vielleicht schon eine geschafft.

vorbereitet, wann er auch kommen mag. Da er im Vorwinter mit seinen Männern, um Pelze zu kaufen, das nördliche Norwegen und die Gegenden am Weichen Meer durchstreift hat, führt im Spätwinter seine alljährliche Reise über das Dorf nach Süden. Lange können sie nicht zu Hause weilen, einige Tage, höchstens eine Woche. Dann werden Feste und große Tänzerien veranstaltet. Dann kleiden sich alle Mädchen in ihren besten Staat.

haltend, oder sie warf sich, auf sich selbst zornig, auf ihr Bett und zog sich die Felldecke über die Ohren, um nichts zu hören und nichts von seiner Ankunft erfahren zu müssen. Aber wenn die Hunde nicht bellten und nichts zu hören war, dann sah sie um so mehr. Sach Schemekka vor sich stehen und Luha auslachen, sah ihn auf der Treppe des Speichers dort zu Hause sich über sie beugen, sah ihn schlant aus der Bodestube treten, sah ihn wieder, wie er sie umarmte, wie er ihr aus dem Boote entgegenlief, sah ihn bald in den Wirren des Traumes, bald mit wachenden Augen.

Flottere Arbeit im Rathaus.

Schwartzbaum, Rod. Schwarz, 7/8 Meter langem Kordett, blauweiß gestreifter Bluse, schwarzen Schürstiefeln, schwarzen wollenen Strümpfen, weissem Hemd und grauem Pelzrocken. Bei der Feinde wurde eine goldene Damenuhr, gestempelt 595 Kr. 179 695, an einer silbernen langen Kette und ein silbernes Herz an gleicher Kette gefunden. Mitteilungen, die zur Feststellung der Umkleekameras dienen könnten, nimmt die Nachrichten-Sammelstelle über vermehrte und unbekannte Tote, Zimmer 46 des Polizeipräsidiums, entgegen, ebenso die Kriminalpolizei im Polizeiamt Spandau.

Der Moabitische Schulfest endlich begelegt. Der Streik an der 82/90. Gemeindeschule ist seit dem 5. Februar beendet; der Streikleitung ist von der Erwerbslosenfürsorge durch Herrn Stadtrat Weise die feste Zulage gegeben worden, daß spätestens am 1. April 1921 die Schule von den Bureaus geräumt ist.

Eltern der 51. Mädchen-Gemeindeschule. Seit Monaten bestehen zwischen dem Rektor dieser Schule und den sozialistischen Mitgliedern des Elternrates erhebliche Differenzen. In Verbindung mit den Elternbeiräten der arbeits- und unpolitischen Richtung versucht der Herr Rektor jede fruchtbare Tätigkeit des Elternrates lahmzulegen. Um einen energischen Protest gegen das reaktionäre Verhalten dieser Herren in die Wege zu leiten, findet am Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, in der Schulanstalt Schönlieherstr. 7 eine Elternversammlung für die 51. Mädchen-Gemeindeschule statt. Unsere Genossen und Genossinnen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Zum Besten der Kinderhilfe veranstaltet das Warenhaus Hermann Tiesch, Leipziger Straße, ab 11. April einen Wettbewerb für Kinderhandarbeiten des Alters von 7-16 Jahren, eingeteilt in zwei Gruppen, 7-11 Jahre und 12-16 Jahre. Für jede Gruppe sind drei Preise ausgesetzt und je drei Trostpreise. Vorbericht ist, daß die auszustellenden Gegenstände eigene Entwürfe und selbst geteilt sein müssen. Bedingungen sind in der Handarbeitsabteilung verteillich zu haben. Das Eintrittsgeld wird der Kinderhilfe überwiesen.

Im Circus von Lohse überführt wurde gestern abend der 50 Jahre alte Schriftsteller Gustav Poselt aus der Frauenstraße 7. Während einer Gastvorstellung Sarasoni im Circus Busch brach er plötzlich zusammen und starb auf der Stelle. Ein Arzt aus der Nachbarhaft stellte fest, daß ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht hatte.

Verdamm. Eine große öffentliche Versammlung aller Beamten und Angestellten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden findet am Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Reichshofballhaus „Ritter Ritters“, Erbprinzenstr. 27, im Verbindungssaal der T. V. D. Referat Volkswirtschaftslehre. Tagesordnung: Die Beamten und die Landtagswahlen.

Die Techniker im öffentlichen Leben. Ueber dieses Thema spricht im Kulturraum der Technischen Hochschule Berlin am Freitag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule, Charlottenburg, Berliner Str. 171/172, Dr. Paul Henrich-Charlottenburg. Karten zum Preise von 1 M. sind beim Plinius am Hauptbahnhof und an der Abendkasse erhältlich. Studierende erhalten Karten zum Preise von 50 Pf. im Vergünstigungssamt.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. In den von der Deutschen Hochschule für Politik veranstalteten Vortragskursus über Reichsarbeit Ministerium Staatsrat am Mittwoch, den 9. Februar, abends 8 Uhr, einen Vortrag über „Wohlfahrt“. Der Vortrag findet wegen des außerordentlichen hohen Andrangs im Hotel 122 (Aula) der Universität statt. Karten für die ganze Veranstaltung sowie Einzelkarten für den Vortrag sind im Sekretariat der Deutschen Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6, oder an der Abendkasse zu haben.

Arbeiterkassenspieler. Auf vielseitigen Wunsch ist vom Berliner Arbeiter-Sportklub die Abteilung „Jentium“ eröffnet worden, zu der alle Kassenspieler einbezogen sind. Spielabend im jeden Donnerstag 7 Uhr im Hotel von H. Weiss, Rine Friedländerstr. 48, nahe Bahnhofsbrücke. Gäste erhalten auf Wunsch kostenlosen Unterricht in Theorie und Praxis.

Filmschau.

„Die Schmugglerin“ im Sportpalast. Ich wollte einmal eine Filmtheorie aufstellen. So etwa: Je ungenauer ein Stoff zur literarischen Verwertung ist, um so geeigneter ist er für den Film. Oder auch: knapper gefaßt: Die literarische Eignung eines Stoffes steht im umgekehrten proportionalen Verhältnis zu ihrer filmhaften Verwendung. Diese Theorie stimmt nicht: Siehe die Schmugglerin. Literarisch wertlos und im Film aldrigaltig. Tragödie der Wanda Davis, dargestellt durch Mabel Kreumann. Aber nein: Tragödie der Wanda Davis, dargestellt durch Wanda Kreumann. Willst du ein Kino-drama schreiben, andächtiger Leser, so bedenke, daß der Mensch vier Herzkammern hat (zum Hinein-pochen von Leidenschaften) und zwei Hände (zum Schließen). So etwa: 1. vordere Herzkammer: Liebe. 2. hintere Herzkammer: Wache (sorelpondiert mit jener). 3. vordere Herzkammer: Hoffnung. 4. hintere Herzkammer: Verzweiflung (sorelpondiert mit jener). Die Hände erheben sich und schließen. Der Gewinner schießt aus. Mabel fällt (oder die Kreumann)? Schluss. Aus. Ein General, ein bemähte schuldlos gerichteter, ein Comboy sind adweil dabei. Was will man mehr? Und ergötzt sich dort drunten weit in Amerika. wp.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 9. Februar:

- 31. Abt. Die Abteilungsversammlung findet nicht statt.
- 48. Abt. 7 Uhr in der Schulaula, Plantagenstr. 107, Abteilungsversammlung.
- 51. Abt. (Charlottenburg). 1. 2. und 3. Gruppe: Schließend in dem bekannten Gruppenlokalen.
- 54. Abt. (Charlottenburg). 7 Uhr: 1. Gruppe: Wilmanns, Gelschütz, 2. 4. und 7. Gruppe: Bismann, Galsanstr. 18.
- 56. Abt. (Schöneberg). „Burgschloß, Hauptstr. 58. „Landtagswahlen.“ Referent: Prof. Dr. Goltz.
- 58. Abt. (Schöneberg). 7 1/2 Uhr: Odenwitzer Mitgliederversammlung in der Schulaula. Tagesordnung: „Landtagswahlen“, Bericht von der Bezirks- und Kreisversammlung, Beschlüsse.
- 62. Abt. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr: Schließend. 30. und 37. Bezirk: Böger, Kreuzberger Str. 22. — 38. und 52. Bezirk: Keller, Kaiser-Friedrich-Str. 58. — 39. Bezirk: Güntzel, Boretschke, 1. — 41. und 55. Bezirk: Boretschke, Schulmannstr. 3. — 42. Bezirk: Buhle, Schulmannstr. 3. — 44. und 57. Bezirk: Kneipen, Schulmannstr. 1. — 50. und 56. Bezirk: Schmidt, Soale, 47. Linienstraße. — 59. Bezirk: Barnack, Thälmer Str. 2.
- 125. Abt. (Weißensee). 7 1/2 Uhr: Schließend in folgenden Lokalen: 1. Bezirk: Jardi, Schöner Str. 39. — 2. Bezirk: Götzke, Charlottenstr. 3. — 3. Bezirk: Wietbrock, Ringelstr. 62. — 4. Bezirk: Schöne, Köpenicker Str. 2.
- 133. Abt. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr: Schließend im „Schloß, Berliner Str. 18.
- 140. Abt. (Kreuzberg-Weißensee). 7 1/2 Uhr: Schließend im „Schloß bei Bunder und Wittenau bei Schule, Hauptstr. 2.
- Wirtenschaft. 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Reichshofballhaus. Witten. 7 1/2 Uhr: Schließend im Kasino.

Morgen, Donnerstag, den 10. Februar:

- 51. Abt. (Charlottenburg). Die Genossen, die zur Landtagstion bestimmt sind, treffen sich abends 7 Uhr im Sekretariat, Hofmannstr. 8, zu einer Versammlung.
- 54. Abt. (Charlottenburg). 7 Uhr: bei Stein, Hofmannstr. 33, Vortrag über Arbeiterklasse und moderne Wohlstandspolizei. Referent: Genosse Dr. Wiedner.
- 56. Abt. (Kreuzberg). 5. Bezirk: Schließend bei Kuppel, Kaiser-Friedrich-Str. 17.
- Die S. V. D.-Festlichkeiten des Reichstages Kreuzberg-Berg werden zum Donnerstag abends 7 1/2 Uhr in einer Sitzung bei W. W. Witten, 7, eingeladen. Das Erlöse werden für die Armen verwendet.
- Die Heimkehrer-Vereinigung sozialdemokratischer Kriegsheimkehrer des 12. Vermittlungsbezirks. 7 1/2 Uhr im Abteilungslokal des Gymnasiums, Bismarckstr. 12.

Jugendveranstaltungen.

- Gesamt Arbeiter-Jugend. Sekretariat: Berlin NW. 10, In den Jellen 22.
- Mittwoch, den 9. Februar:
- Reichshofballhaus: Schürmbercker. 10. Vortrag: „Fremdenlegen.“ — Warenhaus: Gymnasium Kaiserstraße. Vortrag: „Die modernen Arbeiterbewegungen und ihre Ziele.“ — Warenhaus: Schule Völkner Str. 10. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Warenhaus: Hauptstr. 58. Vortrag: „Die Arbeiterbewegungen.“ — Kreuzberg: Hauptstr. 58. Vortrag: „Die Arbeiterbewegungen.“ — Wedding: Wittenberg, 47. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Wedding: Wittenberg, 47. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Wedding: Wittenberg, 47. Vortrag: „Was ist Sozialismus?“

Von dem Bierzehndert Anträge, die in der Stadtverordnetenversammlung sich in den letzten Monaten infolge unverantwortlicher Zeitverirrdelung angeammelt haben, wurde gestern in einer außerordentlichen Sitzung bei ungewöhnlich flottem Arbeiten etwa die Hälfte erledigt. Erfreulich war die einstimmige Annahme eines Antrages der Unabhängigen, der für die Tumultbeschädigten die schleunige Einsetzung der durch das Gesetz vorgesehenen Ausschüsse zur Schadenersatzregelung fordert. In der Debatte wurde von den meisten Rednern, auch von dem der Unabhängigen, auf die Schwierigkeit hingewiesen, daß an der durch das Gesetz geschaffenen Rechtslage der Magistrat nichts ändern kann. Der Magistratsvertreter stellte in Aussicht, daß bei Unterstützungsanträgen nicht kleinlich verfahren werden soll. Angesichts der Not vieler Tumultbeschädigten können wir nur wünschen, daß dieses Versprechen erfüllt wird. Für die Mieter der zu Berlin gekommenen Vororte ist von Bedeutung die Annahme des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, der die Ausdehnung der Mieterschutzverordnung für Berlin auf das Gebiet Groß-Berlins fordert. Bei einem gegen die Tribünenarten sich richtenden Antrag der Kommunisten gab es eine Auseinandersetzung zwischen diesen und den Unabhängigen.

Sitzungsbericht.

Die gestrige außerordentliche Stadtverordnetenversammlung war vom Vorstand zur Erledigung der vorliegenden Anträge einberufen worden. Das Andenken des verstorbenen unbeforderten Stadtrats Dr. Biller (Dnat. Sp.) ehrte die Versammlung durch Erheben von den Wähen.

Gegen den Beschluß des Bezirksausschusses, der am 27. Januar die Berliner Stadtverordnetenwahl für ungültig erklärt hat, beschließt die Versammlung, durch ihren Vertreter Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beim Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen zu lassen.

Von den Anträgen gelangt zunächst der der U. Soz. vom November 1920, von der

Erhebung einer Kaution von den Automatengasverbrauchern Abstand zu nehmen, zur Verhandlung. Der dafür eingesetzte Ausschuss hat am 28. Dezember 1920 die Annahme dieses Antrages mit 7 gegen 4 Stimmen, sowie eines Zusatzantrages der Kommunisten auf sofortige Rückzahlung der bereits eingezogenen Kautionen mit 6 gegen 5 Stimmen zu empfehlen beschlossen; ein weiterer Antrag, denjenigen Gasabnehmern, die keine Kaution stellen wollen oder können, Münzmaßmesser zu besonderen Münzen aufzustellen, soll dem Magistrat als Material überwiesen werden.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt die Versammlung auf Grund eines Antrages Heilmann (Soz.), die ganze Materie an den Magistrat bzw. an die Deputation für Kohlen und Werke behufs einheitlicher Regelung zu überweisen.

Derselben Deputation wird der Antrag der Kommunisten wegen Verfolgung der Berliner Bevölkerung mit Brennstoffen (Uebernahme aller Holz- und Kohlenvorräte in städtische Regie, kommunale Bewirtschaftung der gesamten Brennstoffe) überwiesen.

Ein Antrag der Deutschnationalen von Ende November 1920, der Versammlung baldige eine Nachweisung der vorhandenen städtischen Besonderekraftwagen vorzulegen, aus welcher der oder die Benutzungsberechtigten, das Anschaffungs- und der Anschaffungspreis und die im letzten Betriebsjahr aufgewendeten Betriebskosten ersichtlich sind, und für zukünftige Sparsamkeit beim Gebrauch dieser Kraftwagen Vorkehrungen zu treffen, wird von Dr. Steiniger (Dnat. Sp.) begründet.

In der Erörterung macht Schmidt (Kommunist) dem früheren bürgerlichen Magistrat den Vorwurf, auf diesem Gebiet eine unverantwortliche Verschwendung und Verschwendung von Steuergeldern getrieben zu haben. Der Antrag der Deutschnationalen gelangt mit der von den Kommunisten beantragten Erweiterung, die Nachweisung auf die Zeit „seit 1914“ auszudehnen, zur Annahme; ebenso ein Antrag der Kommunisten, auch eine Nachweisung der an Privatunternehmer gezahlten Fuhrlofen für Autos, Wagen und Gespanne zu fordern.

Einen Antrag des Demokraten auf schleunigste Einbringung einer Vorlage zur

Uebernahme der Fürorgestellten am Polizeipräsidium in städtische Verwaltung

begründet Frau Kiediger (Dem.). Von alten Rednerinnen wird der gegenwärtige Zustand als unhaltbar bezeichnet, gleichzeitig auch die sofortige Entfernung der Gefängnisstationen aus dem städtischen Obdach verlangt. Die Weitererörterung habe in einem Ausschuss zu erfolgen.

Auf Grund der Erklärung des Magistrats, abzugeben durch Frau Stadtrat Wehl, daß die Uebernahme demnächst erfolgen soll, wird der Antrag schließlich zurückgezogen.

Es folgt der Antrag Wehl (U. Soz.) vom 2. Dezember 1920, den Magistrat zu ersuchen, wegen beschleunigter Einsetzung des auf Grund des Reichstumultschadengesetzes vom 12. Mai 1920 zur Einsetzung über die

Erschließung der Tumultbeschädigten

zu bildenden Ausschusses für Berlin vorzulegen zu werden.

Von Gabel u. Gen. (Komm.) ist beantragt, dahin zu wirken, daß die Entscheidung nicht dem Polizeipräsidium, sondern dem Magistrat übertragen wird; ferner soll die sofortige Zahlung einer Sonderbeihilfe von 1000 M. und monatlicher Renten an alle Tumultbeschädigten und ihre Hinterbliebenen, sofort Ertrag für künftige Glieder, freie ärztliche Behandlung, freie Fahrt usw. bewilligt werden.

Nach Begründung des Antrages durch Weinberg (U. Soz.) tritt Ostrowski (Komm.) für die von seiner Fraktion gestellten Zusatzanträge ein, die er noch durch die Forderung einer Neuauffüllung des Hilfsfonds mit 10 Mill. open erweitert.

Röhm (Soz.) beantragt u. a. die Fortsetzung einer Sonderbeihilfe von 1000 M. für unannehmbar, im übrigen ist er mit dem Antrag Wehl einverstanden.

Stadtsyndikus Lange stellt fest, daß dem ersten Antrage Gabel nicht ersprochen werden kann, da die Staatsverwaltung an der Bestellung der Ausschüsse beim Polizeipräsidium festgehalten habe; es würden dort demnächst 6 Ausschüsse für die Stadtgemeinde Berlin ins Leben treten. Es sei Anweisung gegeben, bei Erledigung der Erschließung nicht kleinlich vorzugehen. An dem Reichsgesetz sei nichts mehr zu ändern; daher seien auch die übrigen Anträge Gabel zwecklos.

Die Anträge der Kommunisten werden dem Magistrat als Material überwiesen; der Antrag Wehl gelangt einstimmig zur Annahme.

Ein fernerer Antrag der U. Soz. wendet sich gegen die Teilnahme von Schulkindern an öffentlichen Sammlungen.

Magistratskommissar Geheimrat Dr. Fischer: Die Schuldeputation hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Herausziehung von Schulkindern für solche Zwecke unstatthaft ist. Durch den Krieg ist unsere Schulkinder geistig und körperlich heruntergebracht worden. Wird der Antrag angenommen, so wird der Magistrat nicht versehen, seine Stellung zu dieser Unsitte dem Minister des Innern darzulegen.

Rektor Trost (Dnat. Sp.) sieht in der Maßnahme ein nicht zu unterschätzendes Erziehungsmittel. (Weden bei den Komm.) Die Kinderarbeit sei sozial, die menschliche Gesellschaft brauche aber sozial denkende Menschen. Der Antrag Wehl teile mit seinen Urhebern die Verständnislosigkeit gegenüber ökonomischen Kriegen. (Anruhe und Gefächter links.)

Dr. Heilmann (Dem.) stellt durchaus den Standpunkt des Magistrats; auch Frau Kiediger (Soz.) tritt für die Annahme dieses selbstverständlichen Antrages ein und rechnet scharf mit dem Rektor Trost und seinen Argumenten ab.

Dr. Bierbach (D. Sp.) erklärt, seine Fraktion werde aus formalen Gründen gegen den Antrag stimmen.

Nachdem noch Adolf Hoffmann (Komm.) den Rednern der Rechten mit großer Schärfe entgegengetreten ist, wobei er dem ihn wiederholt mit Anklagen bedenkenden Stadtr. Pfarrer Koch den Rat gibt, für einige Monate in eine Kaltwasserheilanstalt zu gehen (wofür er vom Reichsst. Fabian gerügt wird), wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag der D. Sp. begründet von Dr. Caspari, richtet sich gegen „Rikstände“, die aus der Herausgabe von Magistratsakten an Stadterordnete ergeben haben sollen. Es wird dabei speziell auf den Fall der Benutzung eines später abhanden gekommenen städtischen Autos durch den Stadtrat Berndt Bezug genommen.

Von den kommunistischen und unabhängigen Rednern wird dieser Antrag als eine Bekämpfung der wenigen den Stadtverordneten noch verbliebenen Rechte heftig bekämpft. Von den Kommunisten wird ausdrücklich beantragt, daß den Stadtverordneten das Recht der Mitsprache jederzeit aufzuheben soll.

Koch (Dnat. Sp.): Das städtische Kontrollrecht steht nicht dem einzelnen Mitglied, sondern der Versammlung zu, das formale dem Oberbürgermeister.

Stadtrat Böhm: Der Magistrat hat sofort Nachforschungen veranstaltet; alle Beamten haben erklärt, nicht zu wissen, wie der Stadtr. Demner zu seinen Informationen gekommen ist. Nach obenunter Untersuchung sind die Akten zurückgefunden worden. Die Anstrengung eines weiteren Verfahrens verspricht keine weitere Aufklärung. (Andauernde Zurufe bei den Kommunisten: Autos-Gleber.)

Koch: Hiernach steht fest, daß die Akten unrechtmäßig entwendet worden sind. Den Vorwurf „Autosgleber“ sollen die Kommunisten öffentlich gegen den Ehrenmann Berndt erheben!

Der Antrag der D. Sp. wird abgelehnt, der Gegenantrag der Kommunisten gegen die Stimmen der brüderlichen Parteien angenommen.

Ein Antrag der Soz. betrifft den Mieterschutz

in der neuen Stadtgemeinde Berlin, der einheitlich geordnet werden soll. Begründet wird der Antrag durch Holz.

Jakow (U. Soz.) beantragt Ueberweisung an die Wohnungs- und Siedlungsdeputation.

Caspari (D. Sp.) ist mit dem Antrag einverstanden, bittet aber, ihn dahin zu erweitern, daß für die Mietvereinsämter die Schaffung einer Verunreinigungsabteilung gefordert wird.

Ostrowski (Komm.) und Dr. Weinberg (U. Soz.) stimmen dem Antrage zu, der darauf sofort ohne Ausschubberatung angenommen wird.

Ein Antrag der Kommunisten, den Magistrat zu ersuchen, in demnächstigen Deputation eine Nachweisung der Gemeindebeschlüsse, Ortsstatuten, allgemeinen Gesundheitsrecht und Ordnungen vorzunehmen, um ein einheitliches Gemeinderecht zu schaffen, führt zu einer längeren Aussprache, in der von allen Seiten die Codifizierung des Berliner Stadtrechts für wünschenswert, zugleich aber auch für nicht so leicht erklärlich wird, wie sich die Antragsteller es vorstellen. — Der Antrag wird schließlich dem Magistrat als Material überwiesen.

Nach einem weiteren Antrag Gabel soll die Versammlung ihren Vorstand beauftragen, die von ihm ohne Beschluß der Versammlung einseitig getroffene Anordnung auf Ausgabe von

Tribünenarten

und Sperrung der Rathauseingänge sofort rückgängig zu machen.

Gabel hat auch heute wieder dem Vorsitzenden Dr. Wehl zur Last, jene Anordnung ohne Rat getroffen zu haben.

Dove (Dem.) und Reich (U. Soz.) rechtfertigen die Maßnahme. Reich setzt im einzelnen dar, daß der Vorsitzende und der stellvertretende durch das Verhalten der „Rollen Fahne“ zu derselben geradezu erzwungen worden sei.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Um 11/10 Uhr wird nach der Antrag Gabel wegen Ausbau der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters in Buch zu einem Runderhalm beraten.

Frau Stadträtin Wehl: Die Wohnung hat nur 6-8 Zimmer und ist zu dem gedachten Zweck ganz ungeeignet. Der Antrag wird abgelehnt.

Schluss nach 11/10 Uhr.

Wirtschaft

Bezirkswirtschaftsräte.

Die Frage der Bezirkswirtschaftsräte scheint nach langem Zögern ihrer gesetzlichen Regelung näherzukommen. Das Reichswirtschaftsministerium legte die Ergebnisse der bisherigen Beratungen in einer Denkschrift den Reichsministern der Presse vor und ließ sie durch Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Hirsch erläutern. Abschließende Ergebnisse wurden nicht mitgeteilt. Auch heute noch beschränkte sich der Gesetzgeber auf die Vorlage zweier Richtlinien zur Organisation der Bezirkswirtschaftsräte, ohne sich für eine der beiden zu entscheiden. Die Vorschläge werden durch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat einer Beratung unterzogen werden, und dann erst dürfte die endgültige Gesetzesvorlage zu erwarten sein.

Die beiden Pläne sind fernerzeit von uns wiedergegeben worden. Man A sieht vor, daß in der untersten Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern zu Unternehmervertretungen ausgebildet werden, denen Bezirksarbeiterräte gegenübergestellt werden.

Die beiden Vertretungen werden durch poritätliche Ausschüsse für Landwirtschaft, Industrie und Handwerk miteinander verbunden. Hier ist die erste Schwierigkeit, daß die Handels- und Handwerkskammern in der Regel für die Größe eines preussischen Regierungsbezirks bestehen, während die Landwirtschaftskammern in der Regel eine preussische Provinz umfassen. Die Bezirksarbeiterräte sollen für den Bezirk eines preussischen Regierungsbezirks errichtet werden. Es macht sich daher notwendig, daß die verschiedenen Bezirksarbeiterräte für eine preussische Provinz ebenso wie die Unternehmervertreter aus den Kammern zu Bezirkswirtschaftsräten (Mittelstufe) noch einmal zusammengefaßt werden, an denen Verbraucher und freie Berufe beteiligt sind. In der Oberstufe ist eine zentrale Vertretung des Unternehmertums nach ihren Hauptgruppen und der Arbeitnehmer, die aus den vorerwähnten Vertretungen erwählt werden, beabsichtigt. Eine poritätliche Vertretung dieser beiden Gruppen unter Hinzuziehung der Verbraucher und der freien Berufe ergibt dann den Reichswirtschaftsrat.

Nach dem Plan B bestehen in der Unterstufe (also wenn man will: dem Unterbezirksrat) nur sachlich Organisation, und zwar Industrie-, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Erstere sollen durch Arbeiterkammern zu einer Wirtschaftskammer erdandt werden. Für die Landwirtschaft wird eine besondere Arbeiterkammer nicht geplant. Hier sollen lediglich

Arbeiter in die Landwirtschaftskammer einbezogen werden. Das ist ...

In beiden Entwürfen ergibt sich ein großer Teil der Organisationsarbeiten ...

stufen, wobei manche der alten privilegierten Unternehmervertreterungen ...

Heber den Aufgabenkreis und die Tätigkeit der Betriebswirtschaftsämter scheint ebenfalls noch keine Klarheit zu herrschen ...

Während man noch an der allgemeinen gesetzlichen Regelung berät, sind für die unter besonderen wirtschaftlichen Bedingungen stehenden Gebiete ...

bereits Wirtschaftsämter entstanden. Um welche hat man mehr Zeit. Inzwischen ...

Betriebsrat und Aufsichtsrat. Dem Sozialpolitischen Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats lag in seiner Tagung vom 8. Februar ...

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein neuer Kassenapparat wird unter dem Namen „Kassette“ von der ...

Briefkasten der Redaktion.

H. M. N. 1. Die angegebene Stelle liegt in ...

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus VI. Sinfonie-Konzert 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus Torquato Tasso 7 Uhr. Deutsches Theater ...

Thalia-Theater Dresdenstraße 72. Operette in 3 Akten von ... Mascottchen.

PHILHARMONIE Wagner-Abend des Philharmon. Orchesters Dirig. Prof. R. Hagemann.

WINTERTHEATER Reines Varieté-Programm. Reichehalt-Theater.

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 114. Bayer. Bierfest.

Moritzplatz Varieté-Café. Billiger Zigarren-Verkauf für Kleinhandler und Private.

Direkte Passage-Gelegenheit I. und III. Klasse ca. 20. Februar von Hamburg nach Pernambuco, Rio de Janeiro u. Santos.

F. Preobraschensky: Der dritte Jahrestag der Oktober-Revolution. 24 Seiten. Preis 70 Pf.

W. Völsberg Eintragungen in die neue Brikettkundenliste nur noch bis 10. Februar auf dem Lagerplatz: Halensee, Heilbronner Straße 15.

Das Christusproblem gelöst! Wer war Jesus Christus? Ein christlicher Priester versucht bei der Entdeckung ...

Tuchfabrik-Niederlage von H. Lamrecht, Berlin-Neptun, Dönhofsstr. 17.

Rollmops Idealster und billigster Kistenverschluss-Apparat. Mestern-Ventilator.

Möbel Bedeutend herabgesetzte Preise. Bar oder Teilzahlung. Kleinsten An- u. Abzahlung.

Zeiss-Feldstecher 6- und 8fach tauchfähig. W. Steckelmann, Berlin W 9.

Spezialarzt Dr. med. Grätering Haut-, Narn-, Geschlechtskrankheiten.

Spezialarzt Dr. med. Weckenfuß Friedrichstr. 126.

Geschlechtskrankheiten. In Hülten, Geröll und Beinahe.

Brillanten Juwelen kauft auch große Posten z. höchst Kurze. Amsterdamer Diamantenschleiferei.

Gebr. Paßmann Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Eine grundlegende Schritt des Sozialismus: Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.

Kranke Frauen erhalten unentgeltl. Auskunft über Befreiung v. Blutarmut, Weiblich., Schwächezustän. Frau Bertha Koopmann. Bettstätten! Kupfer, Rotguß, Messing usw.

Schreibmaschinenmechaniker mit Antiken, Kassen und Schreibmaschinen.

Kriegsanleihe wird zu 84%, in Zahlung genommen!

Pelz- u. Plüsch-Woche!!

Auffallend billig!

Pelzmäntel 2000, 3000	Pfischmäntel 650, 1000
Astrachanmäntel 350, 525	Krimmermäntel 825, 1080
Sealplüschmäntel 1950, 2700	Modell-Pfischmäntel jetzt 1000
Gummimäntel für Damen 392	Gummimäntel für Herren 475
Impr. Seidenmäntel 250	Covercoatmäntel 212 - 299
Kostüme 145 - 1200	Sportjacken 45 - 295
Gesellschaftskleider 350 - 900	Stoffröcke 44 - 300

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags zeitweise starker Andrang.

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen Prima Gummi 28 x 1 1/2 von 48.- M. bis 124.- M.
Garantierreifen von 70.- M. an
Gebirgsreifen , prima 80.- M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche , in Gummi 16.50 M. bis 20.- M.
— Karbid — Öl —

Autoreifen- und Fahrrad-Haus **Nord-Ost** Berlin, Elsasser Str. 89 am Rosenthaler Tor

Tagesgespräch von Berlin

ist der
Engros- und Detail-Verkauf
von

Aluminium- und Emaille-Haus- und Küchengeräten

Nur Prima Ware!
Konkurrenzlose Preise!

Lehrervereinshaus, Weißer Saal • Alexanderplatz
Nur bis Sonnabend, den 12. Februar

Die Brikettkundenliste

für Ofenbrand und Gewerbe liegt zur
Neueintragung
vom 1. bis 10. Februar 1921 aus
Wir empfehlen und zur prompten und gewissenhaften
Lieferung ab Lagerplatz und frei Haus

für
**Zentralheizungs- u.
Warmwasseranlagen**
findet die Neueintragung bis 15. März statt

Sämtliche Sorten Schmelzsteine,
Gastofen, Steinöfen, Kachelöfen, Holz-
u. Torf, in Qualität, stets am Lager

Schroedter & Würthner

Gegründet 1864 Kohलगroßhandlung Tel.: 898. 2157
Bahnhöfplatzkontor Mühlenstr. 18, Wallerplatz Stralau, Cuneistr. 41/42



Die gute MASSARY Zigarette
Urteilen Sie selbst!

Schon seit langem
werden unsere Fabrikate wegen ihrer anerkannt guten Eigenschaften im Volksmunde **die guten MASSARY Zigaretten** genannt.

Darum bleibt unser Grundsatz: **GUTE WARE, EINFACHE AUSSTATTUNG!**

Wer bezahlt die Ausstattung?
In dieser Frage liegt die Antwort: **Luxuspäckungen stellen eine Belastung dar, die die Qualität der Zigaretten wesentlich beeinflusst.**
Mit Rücksicht darauf sind unsere neuen Packungen schlicht gehalten, aber doch von eigenartig künstlerischem Gepräge, das den verwöhntesten Ansprüchen genügen wird.

Urteilen Sie selbst!
Aus oben angeführten Gründen sind wir in der angenehmen Lage, unsere beliebten Marken **Massary „Classé“ 30s**, **Massary „Caid“ 40s**, **Massary „Roal“ 50s** auch weiterhin **zu allen Preisen** bei immer gleich guten Qualitäten auf den Markt zu bringen.
MASSARY Zigarettenfabrik.

Prompte Belieferung durch:
Otto Behrend Kohलगroßhandlung
Gegr. 1881
Hauptkontor Berlin O. 17, Mühlenstr. 8
Bahnlagerplätze: Schlesischer Bahnhof Wasserplatz 50, 26, Lohmühlenstraße 27-32
Königsstadt: 1516 u. 2159
Neueintragungen
Briketts u. Koks
Anfuhr durch eigene Gespanne und Lastautos innerhalb ganz Groß Berlin
Vertreterbesuch unverbindlich

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Weiblichkeits-, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Distichlerkrankungen, Spektroskop. Herzt. u. Brustkr. Blut- u. Harn-Untersuchung in der Heil- u. Erholungsanstalt „Cöler“ nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separat

Stellenangebote
Gesucht zum sofortigen Eintritt ein **zweiter politischer Redakteur** an eine Parteizeitung (M.G.P.) in einer großen Industriestadt. Gewandtheit in russischer Sprache. Es wird nur auf eine geübte Stelle rechnet. Offerten mit Gehaltsansgabe an Dr. Braun, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2. 187/5

Bei der unterzeichneten Gebietsregierung ist die Stelle eines **wissenschaftl. Hilfsarbeiters (Vollschichtlers) oder Juristen mit Richterbefähigung** (und möglichst rechtswissenschaftlicher Vorbildung) sofort zu besetzen. Die Befolgung erfolgt nach den Grundregeln für die nicht planmäßige unmittelbaren Staatsbeamten. Bereits zurückgelegte Dienstjahre können angerechnet werden. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften sind bis spätestens 20. Februar 1921 einzureichen. 191/29
Gera, den 7. Februar 1921.
Die Gebietsregierung Gera-Greiz, Wirtschaftsamt

Tüchtige branchekundige Verkäuferinnen für **Seidenband Glas u. Porzellan** sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co. Brunnenstraße 19/21

Tüchtige Verkäuferinnen für **Kleiderstoffe Leinen- u. Baumwollwaren** sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co. Kottbuser Damm 1

Lokal-Redakteur mit journalistischer Erfahrung und kommunalpolitischen Kenntnissen zum 1. April für die „Oberweser Volkszeitung“ gesucht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Gewerkschafts-Buchdruckerei Holzwinden, a. G. m. B. H., Curt Geilrig, Holzwinden, Neuvestraße. 1187/3

Langjähriger vornehmender Meister für Tischarbeiten, Feinmechanik gesucht oder besser für Berlin gesucht. Offerten unter A. 18 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“ erbeten. 187/3

Arbeitsflepperrinnen bei höchstem Lohn gesucht. Oppenheim, Ritzsch. 26 & 1

Konferenz die sofortige Umorganisation der grünen Polizei vornehmen sollte, es vorgezogen, Dienststreifen zu machen und dann in Ferien zu geben. Trotzdem hat Seering, der immer noch an seinen guten Willen glaubte, ihn zum Inspekteur der Schutzpolizei gemacht. In dieser neuen Stellung reiste nun Priesdorff dauernd umher und verteilte an die Mannschaften bei seinen Besichtigungen wahllos größere Geldsummen als ganz willkürliche Belohnungen. Zur Rede gestellt, erklärte er, daß diese Gelder aus einem Fonds herrührten, der ihm bereits vor seinem Eintritt in das Ministerium des Innern von privater Seite zur Verfügung gestellt worden sei und über dessen Herkunft er auch dem Minister keine Angaben machen könne. Diese Geldverteilungen, die ihm nunmehr dienstlich unterstellt wurden, hatten für die Disziplin der Schutzpolizei insofern schwere Nachteile gehabt, als die Mannschaften angenommen hätten, daß es sich um amtliche Gelder handele und daß sie nun einfach sagten, wenn schon so mit diesen amtlichen Geldern umhergeworfen würde, dann sei es unbegreiflich, daß die Etablierung der Schutzpolizei aus finanziellen Gründen noch nicht zustande gekommen sei.

Das ist also der Mann, um dessen dienstliche Kastenstellung sich heute die reaktionären Blätter besonders erhitzen. Ihnen ist wohl die Tatsache nicht bekannt, daß Priesdorff direkt nach der Revolution, noch als aktiver Hauptmann, dem Zentralrat einen ausgearbeiteten Vorschlag auf gänzliche Abschaffung der Armee eingereicht, sich also durchaus nicht in antisozialistischen Gedankengängen bewegt hatte.

Wilde „Aktionen“ in Mansfeld.

Elsteden, 8. Februar. (W.B.) Der Vorstand des Mansfelder Gewerkschaftsartikels, die Sozialdemokratische Partei (S.P.D.) Unterbezirk Mansfeld und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (U.S.P.) Unterbezirk Mansfeld, erteilen folgenden gemeinsamen Aufruf an die Arbeiter Mansfelds:

Arbeiter Mansfelds!

Unabhängig von der in der gestrigen Presse veröffentlichten Nachricht über den Besuch von Vertretern des Oberpräsidenten und der im Anschluß daran stattgefundenen Konferenz erklären die Unterzeichneten hiermit folgendes: Durch die ungeschickte Einführung der Werkpolizei seitens der Mansfelder Gewerkschaft (die Bergbauunternehmung, Red.), die zweifellos provozierend gewirkt hat, wurde der Boden zu den Vorkommnissen in den Mansfelder Landen geschaffen, die in den letzten Tagen voriger Woche zu Massenaktionen geführt haben. Nachdem einwandfrei festgestellt ist, daß der Gesamtbetriebsratsausschuß unter Mitwirkung der Leitung des Bergarbeiterverbandes die kritischen Punkte fast gänzlich erledigt hatte, müssen die nachfolgenden Aktionen als vollständig verfehlt bezeichnet werden. Da die gewählten Vertreter auch zukünftig die Interessen der Belegschaft zu wahren verstehen werden, warnen wir um so mehr vor einer Wiederholung derartiger Ausfälle, die in ihren Folgen für die gesamten Arbeiter Mansfelds unabsehbar sind. Es ist u. a. bereits mit zukünftiger Verweigerung von Rotstandsarbeiten gedroht worden. Sollten derartige Drohungen in die Tat umgesetzt werden, so würde, und das muß jeder vernünftige Bergmann auch einsehen, unabsehbarer, nie wieder gut zu machender Schaden und tiefes Elend über die Mansfelder Lande gebracht werden. Denn bei auch nur vorübergehendem Stillstehen der Pumpen auf den Werken würden die Schächte ersaufen und auf Jahre hinaus wäre jede Arbeit und Erwerbsmöglichkeit im Mansfelder Bergbau unmöglich. Gleichzeitig wäre die Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Wasser in Frage gestellt. Nur Unverantwortliche können sich über die vorstehend aufgeführten Wahrheiten leichtfertig hinwegsetzen. Die Unterzeichneten rufen von soeben an und werden weit ab und müssen die Verantwortung für die jetzigen Vorgänge sowie für etwas derartig Geplantes ablehnen.

Der Milchstreik beendet.

Ludwigshafen, 8. Februar. (W.B.) Wie die „Pfälzische Post“ meldet, hat die lokale Bauernschaft den Milchstreik nunmehr bedingungslos abgebrochen.

Siermit ist eine Episode beendet, die nicht dadurch für unsere Landwirtschaft ehrenvoller wird, daß sie von der gesamten agrarischen Presse totgeschwiegen wurde. Die pfälzischen Bauern setzen bekanntlich alles daran, auf Kosten der notleidenden Bevölkerung ihren Streik aufrecht zu erhalten und lähren nicht vor den unverschämtesten Drohungen der Staatsanwaltschaft gegenüber zurück. Wenn Teile der Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher Not einen Streik proklamieren, so erhebt sich in der gesamten reaktionären Presse ein gewaltiges Geschrei über Klassenkrieg und Hochverrat. Den Agrariern aber bleibt es als Privileg vorbehalten, durch einen frivolen Streik der Bevölkerung die notwendigsten Ernährungsmittel zu entziehen. Die agrarische Presse hat in den letzten Tagen wiederholt Fabelmaterial über die Unterernährung deutscher Kinder mit der Ueberschrift verbreitet: Der Londoner Konferenz zur Kenntnisnahme. Sie könnte dies wirkungsvoller und mit weit größerem Recht tun, wenn sie energisch gegen die Ausbungerung deutscher Kinder durch deutsche Staatsbürger kämpfte, woran sie aber nicht im mindesten denkt!

Konflikt im Danziger Volkstag.

Danzig, 8. Februar. (W.B.) Die erregten Auseinandersetzungen, die am letzten Donnerstag zur Sprengung der Plenarsammlung des Danziger Volkstages geführt haben, wurden in der heutigen Vollversammlung fortgesetzt. Es stand wieder die Frage zur Erörterung, ob das vom Danziger Parlament in Benutzung genommene Generalkommando dem Oberkommissar General Haling zu Wohnzwecken überlassen werden und das Danziger Parlament in ein anderes Haus einzuziehen soll. Da es in der letzten Sitzung beinahe zu Tätlichkeiten gegen den Senator Schümmel gekommen war, hatte der Senat erklären lassen, erst dann wieder Mitglieder der Regierung zu den Vollversammlungen des Parlaments entsenden zu wollen, wenn für deren persönliche Sicherheit Gewähr geleistet wird. Die Linke des Hauses protestierte gegen dieses Verhalten der Regierung und forderte durch Anträge das sofortige Erscheinen von Regierungsoberweatern. Da die Anträge von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt wurden, verließen die Mehrheitssozialisten, die Unabhängigen, die Kommunisten und die Polen demonstrativ den Verhandlungssaal. Das zurückbleibende Rumpparlament beschloß sodann die Räumung des Generalkommandos, um es dem General Haling zur Verfügung zu stellen.

Schweiz, Völkerbund und Wilna-Plébiszit.

Paris, 8. Februar. Havas meldet: Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Truppenaufgebot für Wilna den Durchzug nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überrascht. Der Völkerbundrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird.

Vom preussischen Wahlkampf.

Wie Groß-Berlin verhindert wurde.

Eine Geschichte von „Nachministern“.

Am 18. Mai 1914 beriet das preussische Staatsministerium über die Frage des Wahlverkaufs an den Zweckverband Groß-Berlin. Dabei sagte der Minister des Innern v. Loebell, der letzte Vorsitzende des Reichsbürgerrats:

„Der Oberbürgermeister Bernuth hatte an dem Bestreben seiner Vorgänger fest, eine Stadtgemeinde Groß-Berlin zu erreichen. Das gleiche wollten die Sozialdemokraten und deshalb hätten sie gegen den Wahlverkauf gestimmt. Ihr Streben gehe nach einer großen Stadterordnung, Versammlung mit mehreren 100 Mitgliedern, in der die Sozialdemokratie das Uebergewicht habe und von der aus... nicht nur die Stadt, sondern die Geschichte des Landes regiert werden. Schon um dem entgegenzutreten, müßte von der Staatsregierung alles versucht werden, den Zweckverband lebensfähig zu machen.“

Und Staatsminister Dr. Delbrück, auch eine Zierde der Deutschnationalen, schlug in dieselbe Kerbe mit den Worten:

„Je größer der Einfluß der Stadtverordnetenversammlung, desto größer werde der Einfluß der Sozialdemokratie... Bernuth wolle den Zweckverband lahmen. Dem müsse man ebenso vorbeugen, wie dafür Sorge tragen, daß die Sozialdemokratie in dem großen Gemeinwesen in Schranken gehalten werde.“

Der Dritte im Bunde war der Kriegsminister; er erklärte es für notwendig, die „Entscheidung eines wesentlichen dem Sozialdemo-

<p>Wollt Ihr</p> <p>einen neuen Krieg, neues Elend, neue Knechtschaft, so wählt die Parteien der Kriegsheher:</p> <p>Deutschnationale oder Deutsche „Volkspartei“</p>	<p>Wollt Ihr</p> <p>Friede, Freiheit u. wirtschaftlichen Aufbau, so stimmt für die</p> <p>Sozialdemokratische Partei (SPD)</p>
---	--

kräftigen Einfluß verfallenden städtischen Gemeinwesens Groß-Berlin zu verhindern.“

Nach derartig „schlichten“ Gesichtspunkten wurden in den Zeiten reaktionärer Herrschaft Lebensfragen der Millionenstadt entschieden! Und da wagen die Anhänger der damals regierenden Partei, heute das Lob der „Sachverständigkeit“ der früheren Regierung Deutschlands vorzujagen. Hinter ihrer Sachverständigkeit hat sich nie etwas anderes verborgen als schamlose kontervative Parteipolitik, die sie heute unter dem neuen Taufnamen „Deutschnational“ wieder einschmuggeln möchten. Die Waage der Wähler hat es in der Hand, den Herrschaften am 20. Februar die Suppe gründlich zu verköhnen.

Reaktionäre Wahlmache.

Nachdem den Rechtsparteien die Wahlparole entfallen ist, greifen sie zu verzweifelten Mitteln, um gegen die Sozialdemokratie anzukämpfen. Da der übliche Phrasenschwall nicht vorhält, um den Spießer einzulassen, hat man sich seit einiger Zeit auf das Gebiet begeben, die Amtsführung der aus dem Amt ausgeschiedenen Minister anzuschwärzen. So ging plötzlich durch die Presse ein Artikel, der dem früheren Ernährungsminister Genossen Robert

Schmidt den Vorwurf macht, in seiner Amtszeit sei für 4 Millionen Mark verdorbenes Fleisch aus dem Ausland eingeführt worden. Als der deutschvolksparteiliche Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz darauf erwiderte und die Behauptung als unzutreffend zurückwies, versuchte eine Herrin Strejmann nachstehende Korrespondenz den Beweis dafür zu erbringen. Dabei unterließ ihr der kleine Mißgriff, daß sie ein Schreiben des dafür verantwortlichen Direktors Britschow aus dem Reichswirtschaftsministerium zitierte, in welchem dieser es ablehnte, Parteien mit einem Minderwert von über 12 Proz. zu übernehmen. Die in diesen Grenzen minder geeignete Ware war nach dem Urteil der Sachverständigen einwandfrei und genußfähig. Der Unterschied der Qualität wird in solchen Fällen auch bei der Festsetzung des Preises in handelsüblicher Weise entsprechend herabgesetzt. Dieser kleine Widerspruch ist Herrn Dr. Scholz offenbar nicht mehr ausgefallen, denn er hat nun nicht mehr demüthigt.

Wie es übrigens in seinem eigenen Amte zugeht, dafür ist folgender Fall recht lehrreich. Bekanntlich erhob sich vor einiger Zeit eine wilde Hege gegen die Sozialdemokraten, weil der früher im Reichswirtschaftsministerium angestellte Genosse Kagenstein sich erlaubt hatte, das Staatsbürgerrecht der Ausübung eines Mandats im Reichstage während seiner Dienstzeit für sich in Anspruch zu nehmen. Auf eine Anfrage im Reichstage hat nun der deutschvolksparteiliche Reichswirtschaftsminister nach Untersuchung der Angelegenheit das Verhalten Dr. Kagensteins als einwandfrei hingestellt. Gleichwohl erschien vor einiger Zeit in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Artikel „von gut unterrichteter Seite“, der also aus dem Reichswirtschaftsministerium stammte und in dem die ganze Frage noch einmal von vorn aufgerollt wird. Hier nahm also ein offenbar beamtetes Mitglied des Reichswirtschaftsministeriums Stellung gegen seinen eigenen Minister. Für uns ist die Angelegenheit Dr. Kagensteins erledigt, seitdem sein politischer Gegner Dr. Scholz die Sache aufgeklärt hat. Mehr kann man schließlich nicht verlangen, als daß der politische Feind die Korrektheit des Verhaltens unseres Parteigenossen bezeugt. Um so eigenartiger berührt die Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“. Sonst pflegte man ja derartige Machenschaften als Disziplinsüßigkeit, wenn nicht als Korruption zu bezeichnen. — Aber im eigenen Hause... Wir bescheiden uns damit, beide Fälle als traurige Wahlmache niedriger zu hängen.

Der Dunst von Ostelbien.

In einem Artikel der süddeutschen konservativen Korrespondenz schreibt der bekannte Konservative Adam Röder: Unsere guten Süddeutschen — der Schwabe, Franke, Wemmer — haben ja keinen Hohlkorn von Ostelbien; sechs Wochen persönlicher Aufenthalt im ostelbischen wirklichen Leben mit seiner Vorherrschhaft von Bürokratie, Großagrarier und Junker würde ihm seine Liebe für „Preußen“ und den „Bund der Landwirte“ gründlich austreiben! Nur weil der Süddeutsche gar nicht weiß, wie man in Ostelbien lebt und wie dort regiert wird — regiert wird bis auf den heutigen Tag trotz der glorreichen Demokratie und Republik —, kann es immer wieder gelingen, den süddeutschen Bauer und einfachen Mann zum Verehrer Ostelbiens zu machen.

Diese Ausführungen werden dem ohnehin wegen seiner mitunter recht freimütigen Kritik von den Deutschnationalen gehaltenen Postkitter kaum neue Sympathien in diesen Kreisen erwerben. Um so verdienstlicher ist es, wenn einmal von einer rechtsstehenden Seite in den Dunst von Ostelbien gründlich hineingeleuchtet wird. Wenn die Sozialdemokraten daselbst sagen wie Röder, so ist natürlich eitel Bosheit und Verleumdung. Der Konservative aber wird bei der Bauernschaft größeren Glauben finden, und diese wird durch ihre Abstimmung am 20. Februar alles daran setzen, um endlich die ostelbische Junkerherrschaft, diesen Schandfleck der demokratischen Republik, zu stürzen.

Eine Gefahr für das Weltproletariat.

Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes von Süd-Wales, James Winstone, erklärte jüngst laut „Labour Leader“ vom 3. Februar 1921:

„Nachrichten sind mir zugekommen, wonach die französischen Behörden Kohle laut Friedensvertrag von Deutschland in Empfang nehmen, und, ohne sie auch nur auszuladen, Deutschland zurückverkauften.“

Es ist nicht das erstemal, daß derartige Behauptungen in der englischen Presse auftauchen. Es muß hier einmal unbedingt Klarheit darüber geschaffen werden, ob Frankreich die deutsche Kohle selbst braucht und verbraucht, oder ob es mit einem Teil der Kohlenlieferungen nur Geschäfte treibt. Der „Labour Leader“ stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Arbeitslosenfrage in England sich auch auf die Walliser Bergwerke erstreckt, wo 60 000 Bergleute arbeitslos sind. Er schreibt:

„Die Walliser Bergarbeiter werden fast ebenso sehr durch den Friedensvertrag getroffen, wie die deutschen Bergarbeiter...“

Nach Otto Hue bekommt ein Bergarbeiter im Ruhestand 60 M. pro Schicht, gleich 5 englische Schilling, und er macht 7 Schichten von je 7½ Stunden in der Woche.

Der Durchschnittsmögenslohn des Walliser Bergarbeiters beträgt etwa 5 Pfund Sterling (100 Schilling). Der Durchschnittslohn des deutschen Bergmannes beträgt dagegen etwa 35 Schilling. Dafür erhält der Deutsche 6½ Pfund Brot in der Woche, ferner 1 Pfund Speck und 1 Pfund Wurst von Zeit zu Zeit. Ist es da ein Wunder, daß die Nachfrage nach Walliser Kohle abnimmt?

Der deutsche Arbeiter arbeitet lange für Hungerlöhne, der englische Arbeiter arbeitet dafür mit verkürzter Arbeitszeit. Auf diese Weise trifft der Friedensvertrag auch Süd-Wales.“

Die Wochenchrift der Unabhängigen englischen Arbeiterpartei fordert daher die Revision des Friedensvertrages, der nur ein Instrument in den Händen der Entente-Kapitalisten sei, um einerseits die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter niederzudrücken und sodann auch die Arbeiter der Ententeländer auf das Niveau der deutschen Arbeiter herabzusetzen.

In diesem Augenblick aber versucht Frankreich die Bedingungen des abgelaufenen Spa-Abkommens zu verschärfen. Wie lange wird es sich noch die englische Arbeiterpartei gefallen lassen, daß ihre Regierung im Schlepptau der Pariser Kapitalisten Forderungen unterstützt, die sich zwar zuerst und vor allem gegen das deutsche, sodann aber auch — und bemerkt — gegen das englische Proletariat richten?

Die Politik der Entente trägt die Hauptschuld an der Weltarbeitslosenkrise. Das obige Beispiel zeigt dies deutlich genug. Und die Pariser Beschlüsse werden nicht nur die deutsche, sondern auch die Ententearbeiterpartei in das Joch des internationalen Kapitalismus zwingen. Wird das internationale Proletariat demgegenüber untätig bleiben?

Deutsche und interalliierte Schuld.

Paris, 8. Februar. (G.) Nach französischen Blättermeldungen wünscht die englische öffentliche Meinung mehr und mehr, daß die Frage der deutschen Schuld mit der interalliierten Schuld verknüpft werde. Die neue Regierung von Washington werde berufen sein, zu entscheiden, ob sie kein Interesse am Pariser Friedensvertrag und somit auch kein Interesse an der Tilgung der internationalen Schulden habe.

Umbildung des englischen Kabinetts.

London, 8. Februar. (Dena.) Wie in politischen Kreisen verläutet, wird nach in dieser Woche die Umbildung des britischen Kabinetts vollzogen werden. Es kann sehr als wahrscheinlich gelten, daß Sir E. Worthington Evans als Nachfolger Churchill im Kriegsministerium bestellt wird und daß Lord Lee die Admiralität übernimmt. Die Frage, ob das Kabinettsministerium als eigene Behörde weiter bestehen soll, ist noch nicht ganz geklärt. Churchill selbst übernimmt an Stelle des scheidenden Lord Milners das Kolonialministerium.

Amerika auf Seite der Entente?

Haag, 8. Februar. (Redung des Holländisch Neuwsbureaus.) Der Londoner drahtlose Dienst verbreitete eine Warnung der „New York Times“ an Deutschland, daß Deutschland seine historischen Fehler von 1914 nicht wiederholen soll, indem es Amerika abermals falsch beurteilt. Das Blatt erklärt, die Deutschen scheinen wieder den Behauptungen von ein paar Deutschamerikanern zu glauben. „New York Times“ sagt, daß, falls Deutschland dem Rat dieser Stimmen Folge leistet, es Unglück über das Land bringen wird. Die Empfindungen und Zweideutigkeiten des Krieges sind nicht auf einmal verschwunden. Kein vernünftiger Amerikaner hegt den nachlässigen Wunsch, daß Deutschland auseinandergerissen und zur Sklaverei gebracht wird. Aber man ist in den Vereinigten Staaten fest überzeugt, daß Deutschland bis zu der Grenze der Möglichkeit (ganz unsere Meinung, und deshalb lehnen wir die Pariser Beschlüsse ab. Die Red.) gehen muß, um die entsetzlichen Zerstörungen wieder gut zu machen, die es angerichtet hat. Wir zweifeln nicht, daß harting diese Warnung teile. Falls Deutschland sich in dieser Angelegenheit einer solchen Auffassung hingibt, steht es vor einem peinlichen Erwachen.

